

Antworten der Landes-Politiker*innen der neun von der Philosophie-Plattform Heidelberg angefragten Parteien auf acht Wahlprüffragen zur BaWü-LTW am 8. März 2026 in der Reihenfolge ihres Eintreffens

1) Wer gehört in Ihrem Landesverband einer Ethikkommission an?

Antwort von Die Linke Baden-Württemberg: Niemand.

Antwort der SPD Baden-Württemberg: Diese Daten werden bei uns nicht erhoben, sodass wir dazu keine Auskunft geben können.

Keine Antwort der CDU Baden-Württemberg.

Antwort der AfD-Landtagsfraktion: Uns sind keine Personen bekannt, die einer Ethikkommission angehören.

Antwort von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Baden-Württemberg: Eine parteipolitische Zuordnung spielt bei der Berufung und Tätigkeit in Ethikkommissionen im Regelfall keine Rolle und wird von uns auch nicht erhoben. Mitglieder unseres Landesverbands können unabhängig von ihrem politischen Engagement aufgrund ihrer fachlichen Expertise in Ethikkommissionen mitwirken; dies erfolgt jedoch nicht im Rahmen einer politischen Mandatierung.

Antwort der FDP Baden-Württemberg: Die FDP ist die Partei des Datenschutzes. Wir erheben und speichern dementsprechend keine solchen Daten über unsere Mitglieder.

Antwort der Tierschutzpartei Landesverband Baden-Württemberg: Dennis Landgraf, Bundesvorsitzender, Beisitzer im Landesvorstand Baden-Württemberg und Stadtrat der Landeshauptstadt Stuttgart, ist für uns in der Ethikkommission der PARTEI MENSCH UMWELT TIERSCHUTZ.

Antwort der Freien Wähler Baden-Württemberg: Politik muss wieder den Menschen dienen. Uns geht es nicht um Ideologien. Wir hören zu, wir packen an, wir gestalten mit gesundem Menschenverstand und klaren Zielen: Wohlstand, Sicherheit und Zukunft für alle. Wir setzen auf direkte Bürgerbeteiligung. Volksentscheide, Bürgerbegehren und verpflichtende Bürgerräte können helfen, das Vertrauen in die Politik zurückzugewinnen, denn wer mitentscheiden darf, übernimmt Verantwortung und stärkt unsere Demokratie von innen heraus.

Antwort von Volt Baden-Württemberg: Wir führen keine Aufzeichnungen zu Mitgliedschaften bei Ethikkommissionen. Daher können wir Ihnen diese Frage nicht beantworten.

2) Mit welchen konkreten Maßnahmen möchten Sie wirtschaftspolitisch die Gemeinwohlökonomie fördern?

Antwort von Die Linke Baden-Württemberg: Wir setzen uns für eine Wirtschaft ein, die den Bedürfnissen der Menschen und nicht der Profitlogik dient. Dazu planen wir folgende konkrete Schritte.

- **Solidarische Ökonomie unterstützen:** Wir wollen eine **sozial-ökologische Wirtschaftskammer** einrichten, die regionale Leuchtturmprojekte und Unternehmensgründungen im Bereich der solidarischen Ökonomie durch Beratung und finanzielle Förderung unterstützt.
- **Öffentliche Daseinsvorsorge stärken:** Die wirtschaftliche Betätigung von Kommunen soll gesichert und gefördert werden, insbesondere in Organisationsformen des öffentlichen Rechts wie Regie- oder Eigenbetrieben.
- **Genossenschaften fördern:** Wir wollen genossenschaftliche Ansätze besonders im Wohnungsbau, im Finanzsektor und im Energiebereich massiv unterstützen, da diese demokratisch kontrolliert sind und regionale Wirtschaftskreisläufe stärken.
- **Preiskontrollen und Preisaufsicht:** Um Preistreiberei bei Grundbedürfnissen zu verhindern, fordern wir eine neue **Preisaufsicht als Bundesbehörde**, die willkürliche Preiserhöhungen bei Energie, Wohnen oder Lebensmitteln unterbindet.
- **Finanzmarkt regulieren:** Mit einem „**Finanz-TÜV**“ sollen nur noch solche Finanzinstrumente zugelassen werden, die einen nachweisbaren gesellschaftlichen oder gesamtwirtschaftlichen Nutzen stiften.

Antwort der SPD Baden-Württemberg: Die SPD unterstützt Unternehmen und Organisationen, die in ihrer Arbeit soziale, ethische und nachhaltige Kriterien gezielt beachten. Wir sehen dabei auch das Land in der Verantwortung und wollen beispielsweise Fördermittel, die Vergabe öffentlicher Aufträge und die Transformations- und Wirtschaftspolitik an Kriterien ausrichten, die dem Gemeinwohl dienen. Hierzu zählen wir z. B. die Tarifbindung, die Sicherung von Standorten, die Stärkung von Mitbestimmung und die ökologische Nachhaltigkeit.

Antwort der CDU Baden-Württemberg: Wir wollen Baden-Württemberg wirtschaftlich weiter stärken, indem wir Hürden abbauen, Verfahren beschleunigen und Unternehmen verlässliche Rahmenbedingungen bieten. Mit dem ZukunftsFonds BW unterstützen wir gezielt die Transformation unserer Schlüsselbranchen, fördern innovative Unternehmen und eröffnen StartUps bessere Wachstumschancen.

Antwort der AfD-Landtagsfraktion: Aus unserer Sicht fördern wir das Gemeinwohl nicht durch staatlich verordnete Gemeinwohlbilanzen oder ideologisch definierte Nachhaltigkeitskriterien, sondern durch eine starke, leistungsfähige und souveräne Wirtschaft. Wir setzen auf die Entlastung des Mittelstands, indem wir Bürokratie, ESG-Vorgaben und überzogene Berichtspflichten abbauen und das Steuerrecht vereinfachen. Ein zentrales Element unseres Verständnisses von Gemeinwohl ist bezahlbare Energie: Wir wollen die aktuelle Energiewende in ihrer Form zurücknehmen, heimische Energieträger nutzen und moderne Kernkraftwerke einsetzen, um die Strompreise zu senken und industrielle Wertschöpfung zu sichern. Gleichzeitig stärken wir die wirtschaftliche Souveränität Deutschlands, indem wir strategisch wichtige Industrien schützen, internationale Handelsabkommen kritisch prüfen und nationale Produktion in Schlüsselbereichen fördern. Auf dem Arbeitsmarkt geben wir inländischen Arbeitnehmern Vorrang, setzen auf Qualifizierung statt migrationsgetriebener Fachkräftepolitik und bekämpfen Lohndumping. Finanzpolitisch halten wir an der Schuldenbremse fest, reduzieren ideologisch motivierte Subventionen und stärken kommunale Haushalte, damit Infrastruktur und Daseinsvorsorge gesichert bleiben. Darüber hinaus fördern wir regionale Wirtschaftskreisläufe, insbesondere in der Landwirtschaft, indem wir unnötige EU-Regulierungen abbauen und Familienbetriebe unterstützen. Für uns gehört zum Gemeinwohl auch eine funktionierende Infrastruktur - von Straßen über Schienen bis hin zu digitalen Netzen -, weshalb wir Planungs- und Genehmigungsverfahren beschleunigen und Projekte priorisieren, die den Bürgern und der Wirtschaft unmittelbar nutzen.

Antwort von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Baden-Württemberg: Wir bekennen uns klar dazu, Bewegungen wie die Gemeinwohl-Ökonomie in Baden-Württemberg zu unterstützen. Wir wollen, dass mehr Unternehmen nachhaltig, sozial und transparent wirtschaften. Wirtschaftlicher Erfolg und gesellschaftliche Verantwortung gehören für uns zusammen. Auch der Staat geht voran. Wir haben die Regeln der öffentlichen Beschaffung in Baden-Württemberg gestärkt. Öffentliche Vergaben berücksichtigen heute systematisch ökologische, soziale und nachhaltige Kriterien. So fördern wir Unternehmen, die Verantwortung übernehmen. Diesen Weg setzen wir konsequent fort.

Antwort der FDP Baden-Württemberg: Deutschland und Baden-Württemberg leben in der sozialen Marktwirtschaft. Das Tolle an diesem System ist es, dass darin die Starken mehr leisten und die Schwachen Unterstützung erhalten. Elemente wie ein umfangreiches soziales Sicherungssystem, ein progressives Steuersystem und umfangreiche Anreize für ehrenamtliches und soziales Engagement stellen dies sicher. Trotzdem kommen auch in der sozialen Marktwirtschaft das Leistungsprinzip und das Eigeninteresse nicht zu kurz – im Gegenteil, es kombiniert Leistung mit sozialem Ausgleich, setzt Anreize für individuelles Eigeninteresse und ermöglicht damit Leistungen für die Allgemeinheit. Daher halten wir an den Leitplanken der sozialen Marktwirtschaft fest. Dazu braucht es eine besonnene Modernisierung von Steuersystem oder Sozialversicherungen, aber keinen grundlegenden Systemwechsel. Die soziale Marktwirtschaft kann schon das Gemeinwohl sicherstellen.

Antwort der Tierschutzpartei Landesverband Baden-Württemberg: Die PARTEI MENSCH UMWELT TIERSCHUTZ möchte die inhaltlichen Ziele der Gemeinwohlökonomie auf allen politischen Ebenen vertreten und durch Rechte für Tiere und Natur als Rechtssubjekte weiterentwickeln. Durch die Förderung von ökologischer Nachhaltigkeit, sozialer Gerechtigkeit, demokratischer Mitbestimmung und transparenten Entscheidungsprozessen möchten wir eine nachhaltige und solidarische Postwachstumsökonomie etablieren. Ein wichtiges Instrument, um diese Ziele zu erreichen, ist die Gemeinwohl-Bilanzierung, welche die Tierschutzpartei in öffentlichen und privatwirtschaftlichen Bereichen etablieren möchte. Unternehmen und Organisationen sollen anhand der Gemeinwohl-Bilanz messen und sich dazu verpflichten, ihre Geschäftspraktiken im Einklang mit den Prinzipien der Gemeinwohlökonomie auszurichten. Öffentliche Aufträge und Gelder sollen anhand dieser Bilanzierung ausschließlich für das Gemeinwohl ausgegeben werden. Zudem fordern wir: Die Produktion muss sich an den nachhaltigen Bedürfnissen der Menschen orientieren und nicht am Geldbeutel der CEOs. Krankenhäuser und Pflegeheime müssen die Würde und Lebensqualität der Menschen in den Vordergrund stellen und dürfen nicht profitorientiert handeln. Dazu gehören auch: sozialer Wohnbau, Mietendeckel, Leerstandsnutzung und Vergesellschaftung von Spekulationsobjekten. Steuerreformen beispielsweise in der Einkommensteuer, Vermögensteuer, Erbschaftsteuer, Mehrwertsteuer, um kleine Einkommen zu entlasten. Gute Arbeitsbedingungen in Bereichen des öffentlichen Interesses (z. B. Pflege, Handwerk, Pädagogik). Für uns gilt ganz klar: Lebewesen und Umwelt vor Profit! Das muss die Grundlage aller Gesetze und Entscheidungen sein!

Antwort der Freien Wähler Baden-Württemberg: Jeder Euro Steuergeld muss dem Bürger dienen. Wir setzen auf klare, sinnvolle Investitionen – keine Verschwendung, keine Klientelpolitik. Wer eine Firma gründen will, soll sich nicht erst durch einen Dschungel aus Formularen kämpfen müssen. Wir bringen Gründerförderung auch in den ländlichen Raum – für eine innovative Heimat vom Neckar bis zum Bodensee. Wir wollen transparente, einfache Zugänge zu Wirtschaftsförderung – ohne Umwege und Stolperfallen oder Rückzahlungsrisiken. Gerade jungen Unternehmen mit zukunftsweisenden Ideen helfen wir mit Risikokapital und Investitionskrediten – ohne Umweg über teure Berater.

Antwort von Volt Baden-Württemberg: Unser Wunsch ist eine Wirtschaft, die dem Gemeinwohl dient und Lebensgrundlagen schützt. Wir erreichen dies durch eine Stakeholder-Wirtschaft, die ökologische Kosten einpreist. Dafür fördern wir Genossenschaften und Purpose-Unternehmen. In der Landwirtschaft stellen wir bis 2030 auf Gemeinwohlprämien für Klima- und Umweltschutz um. Zudem fordern wir faire Steuern wie die Finanztransaktionssteuer zur Finanzierung öffentlicher Aufgaben.

3) Mit welchen konkreten Maßnahmen möchten Sie steuerpolitisch die Einkommens- und Vermögensunterschiede ausgleichen?

Antwort von Die Linke Baden-Württemberg: Um die wachsende soziale Kluft zu schließen, fordern wir eine gerechte Umverteilung durch folgende Maßnahmen.

- **Entlastung kleiner und mittlerer Einkommen:** Wir wollen den steuerlichen Grundfreibetrag auf 16.800 Euro pro Jahr anheben. Wer als Single weniger als 7.000 Euro brutto im Monat verdient, soll nach unserem Tarif weniger Steuern zahlen.
- **Besteuerung hoher Vermögen:** Wir fordern die **Wiedereinführung der Vermögensteuer** für Milliardäre und Multimillionäre mit einem progressiven Tarif von 1 % bis 5 %. Zur Bewältigung von Krisenlasten planen wir zudem eine einmalige Vermögensabgabe für Vermögen über 2 Millionen Euro.
- **Erbschaftsteuer reformieren:** Wir wollen Schlupflöcher für Firmenvermögen schließen und hohe Erbschaften stärker besteuern, während normales, selbstgenutztes Wohneigentum freigestellt bleibt.
- **Kapitalerträge gerecht besteuern:** Die pauschale Abgeltungsteuer soll abgeschafft werden; stattdessen sollen Einkommen aus Kapital mit denselben Sätzen besteuert werden wie Einkommen aus Arbeit.
- **Konzerne in die Pflicht nehmen:** Wir fordern eine Anhebung der Körperschaftsteuer auf 25 % und eine **Übergewinnsteuer von 90 %** für Krisenprofiteure. Digitalkonzerne wie Amazon sollen dort besteuert werden, wo sie ihre Umsätze erzielen.

Antwort der SPD Baden-Württemberg: Die SPD verfolgt eine Steuerpolitik, die hohe Einkommen und große Vermögen stärker belastet, während 95 Prozent der Steuerzahler entlastet werden sollen, um Einkommens- und Vermögensungleichheit zu verringern. Im Kern sind Reformen bei Einkommensteuer, Erbschaftsteuer und Vermögensteuer, die Mehreinnahmen für Bildung, Infrastruktur und soziale Investitionen zu generieren. Die SPD plant eine Neugestaltung der Einkommensteuer mit stärkerer Progression. Senkung der Steuerlast für 95 Prozent aller Steuerzahler durch Anhebung der Grenze für den Spitzensteuersatz (42 Prozent) auf ca. 80.000 bis 93.000 Euro für Ledige bzw. 175.000 Euro für Verheiratete. Erhöhung des Spitzensteuersatzes auf 45 Prozent und des Reichensteuersatzes (ab ca. 277.000 Euro) auf 47 Prozent für das oberste Prozent der Verdienere. Ausbau steuerlicher Förderung der betrieblichen Altersvorsorge für Geringverdiener sowie Senkung der Mehrwertsteuer auf 5 Prozent im Grundbedarf. Diese Maßnahmen sollen mittlere Einkommen entlasten und die Belastung auf Spitzenverdiener konzentrieren. Ein weiteres zentrales Element ist die Modernisierung der Erbschaft- und Schenkungsteuer zur Verringerung von Vermögenskonzentration. Einführung eines einheitlichen Lebensfreibetrags von 1 Million Euro pro Erbe (ca. 900.000 Euro für enge Familie), unterhalb dessen Erbschaften steuerfrei bleiben; Abschaffung komplexer Steuerklassen. Unternehmensfreibetrag von 5 Millionen Euro für Betriebsnachfolgen, mit Stundung über bis zu 20 Jahre. Abschaffung bisheriger umfassender Verschonungen für große Betriebs- und Kapitalvermögen. Erwartete Mehreinnahmen (niedriger einstelligen Milliardenbereich jährlich) fließen gezielt in Bildung, um ungleiche Startchancen auszugleichen. Kleine und mittlere Erbschaften werden so entlastet, während sehr große Vermögen (heute effektiv oft unter 2 Prozent besteuert) stärker beitragen. Die SPD fordert die Reaktivierung einer Vermögensteuer für Superreiche. Vermögensteuer ab 25 Millionen Euro (1 Prozent), steigend auf 2 Prozent ab 100 Millionen Euro und 3 Prozent ab 1 Milliarde Euro. Einführung einer Finanztransaktionssteuer (europäisch abgestimmt) sowie einer „Milliardärssteuer“ zur Belastung extremer Vermögen. Zusätzlich sollen klimaschädliche Subventionen abgeschafft werden, um umweltgerechte Investitionen zu fördern und indirekt Chancengleichheit zu stärken. Durch die dargestellten Maßnahmen soll die regressive Wirkung der heutigen Erbschaftsteuer (große Vermögen oft unterbelastet) korrigiert und die Einkommensschere geschlossen werden. Der SPD ist die Betonung von Leistungsgerechtigkeit wichtig: Wir wollen Entlastung für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, Familien und den Mittelstand und höhere Beiträge von Topverdienern und Erben, um Investitionen in Bildung, Infrastruktur und Zukunftsaufgaben zu tätigen.

Keine Antwort der CDU Baden-Württemberg.

Antwort der AfD-Landtagsfraktion: Um eine zunehmende soziale Spaltung in Deutschland zu verhindern, sind zuallererst Privathaushalte mit mittleren und kleineren Einkommen finanziell zu entlasten. Aufgrund der bereits jetzt absehbaren Beitragserhöhungen für Renten-, Kranken- und Pflegeversicherungen muss damit gerechnet werden, dass spätestens Anfang 2028 die Gesamtbelastung bei den Sozialabgaben 44 % des Bruttolohns betragen wird. In Anbetracht dieser Entwicklung bedarf es der Festlegung einer Obergrenze für Sozialbeiträge, die darüber hinaus kontinuierlich zu reduzieren sind. Darüber hinaus bedarf es gesetzlicher Reformen, die darauf abzielen, das versicherungsfremde, nicht beitragsgedeckte Leistungen in Zukunft aus dem Bundeshaushalt finanziert werden. Auf Länder-Ebene können zusätzliche Maßnahmen zur steuerlichen Entlastung der Privathaushalte beitragen. Dies gilt zum Beispiel für die Absenkung der Grunderwerbsteuer auf 3,5 % für private Immobilienerwerber, die Wohneigentum zur Selbstnutzung erwerben möchten. Hier bietet die gegenwärtige Rechtslage aber keine ausreichenden Differenzierungsmöglichkeiten, weshalb zunächst die Gesetzgebungskompetenzen der Länder grundsätzlich zu erweitern sind.

Antwort von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Baden-Württemberg: Durch eine Abflachung des Mittelstandsbauchs und gezielte steuerliche Entlastungen sorgen wir dafür, dass sich Mehrarbeit, Qualifikation und Aufstieg tatsächlich lohnen. So entlasten wir kleine und mittlere Einkommen und setzen Steuergerechtigkeit durch konsequenten Kampf gegen Steuervermeidung und Steuerbetrug durch. Wir setzen uns für eine leistungsfähige Erbschaftsteuer ein. Sehr hohe Erbschaften sollen einen angemessenen Beitrag zur Finanzierung unseres Gemeinwesens leisten. So sichern wir wichtige Investitionen in Bildung, Klimaschutz und Infrastruktur und stärken den gesellschaftlichen Zusammenhalt, ohne Leistung oder unternehmerische Substanz zu gefährden.

Antwort der FDP Baden-Württemberg: Landespolitisch sind die steuerpolitischen Einflussmöglichkeiten begrenzt. An einigen Stellschrauben möchten wir aber dennoch drehen: Die für viele in hohem Maße belastende Grundsteuerreform möchten wir nach bayerischem Vorbild ändern und für einen Kaufpreisanteil für Immobilien für 500.000 Euro den Grunderwerb steuerfrei stellen, sodass etwa junge Familien auf einfache Weise Eigentum erwerben können. Millionenvillen in Stuttgarter Halbhöhenlage würden weiterhin besteuert. Weiterhin setzen wir uns dafür ein, über den Bundesrat insbesondere kleinere und mittlere Einkommen bei der Einkommensteuer zu entlasten.

Antwort der Tierschutzpartei Landesverband Baden-Württemberg: Was selbst erarbeitet wird, sollte bis zu einer Grenze von 2.000 Euro brutto monatlich niedrig bis gar nicht besteuert werden. Zum anderen sind auch Umverteilungssteuern wie die Vermögensteuer und die Erbschaftsteuer zu erhöhen, um große Vermögen und Erbschaften gerecht für unsere Infrastruktur aufkommen zu lassen. Andere Umverteilungsmöglichkeiten können eine erhöhte Gewerbesteuer bzw. Übergewinnsteuer, eine Nahverkehrsabgabe oder neue Modelle wie Luxusabgaben, beispielsweise auf teure Immobilien, sein.

Antwort der Freien Wähler Baden-Württemberg: Der Landtag muss erster Diener des Landes sein. Durch den Bürger verdiente Einnahmen müssen sinnvoll eingesetzt werden – ohne sich zu verschulden. Steuergeld ist kein Selbstbedienungsladen – es gehört in Schulen, Straßen, Versorgung und Sicherheit, nicht in Prestigeprojekte, Beraterverträge oder undurchsichtige Beteiligungen. Wir wollen die Steuern fair anpassen und die kalte Progression entschärfen. Wer mehr arbeitet, darf nicht bestraft werden. Wer auf seinem Grundstück bescheiden wohnt, soll fair behandelt werden – nicht gleich viel zahlen wie der Besitzer einer Luxusvilla nebenan. Um weiterhin ein attraktives Bundesland für Unternehmen zu sein, braucht es Anreize: eine Senkung der Unternehmenssteuer mit Garantien. Faire Besteuerung digitaler Großkonzerne! Internationale Digitalkonzerne müssen ihren gerechten Beitrag leisten – für ein faires Steuersystem und die Finanzierung unseres Gemeinwesens.

Antwort von Volt Baden-Württemberg: Wir befürworten ein Steuersystem, das Arbeit entlastet, Familien stärkt und sehr große Vermögen fair an der Finanzierung des Gemeinwohls beteiligt, um soziale Mobilität zu fördern.

Entlastung von Arbeit und Familien: Erhöhung des steuerlichen Grundfreibetrags, Abschaffung des Ehegattensplittings zugunsten höherem Kindergeld und besseren Betreuungsangeboten, vollständige Abschaffung des Solidaritätszuschlags.

Gerechte Vermögens- und Erbschaftbesteuerung: Einführung einer progressiven Vermögensteuer mit hohem Freibetrag von 5 Mio. € (Schutz für Durchschnittsvermögen, selbst genutztes Wohneigentum und Altersvorsorge); Reform der Erbschaftsteuer mit ebenfalls hohen Freibeträgen (5 Mio. €) und Schließung von Schlupflöchern (z. B. Abschaffung der Zehnjahresfrist); Schutz des Mittelstands durch gestreckte Zahlungsfristen für Betriebsvermögen, sofern Arbeitsplätze und Standorte erhalten bleiben.

Senkung der Lebenshaltungskosten: 0 % Mehrwertsteuer auf Grundnahrungsmittel (z. B. Brot, Obst, Gemüse) und ein ermäßigter Satz von 7 % für nachhaltige Produkte, Arzneimittel und Babynahrung.

Europäische Zusammenarbeit gegen Steuerflucht: Einführung einer EU-Mindeststeuer von 22 % für Unternehmen, Einführung einer Finanztransaktionssteuer zur Eindämmung von Spekulationen und Einrichtung eines zentralen europäischen Vermögensregisters zur Bekämpfung von Steuerhinterziehung und Geldwäsche.

4) Mit welchen konkreten Maßnahmen möchten Sie wohnungsbaupolitisch den Wohnungsbestand besser nutzen?

Antwort von Die Linke Baden-Württemberg: Anstatt nur auf teuren Neubau zu setzen, wollen wir den vorhandenen Wohnraum effizienter nutzen.

- **Leerstand bekämpfen:** Wir fordern eine systematische Erfassung von Leerständen und deren Belegung mit einer **Leerstandsabgabe**. Langfristig leerstehende Wohnungen sollen im Sinne der Allgemeinheit vorübergehend beschlagnahmt und wieder vermietet werden.
- **Recht auf Wohnungstausch:** Wir wollen einen gesetzlichen Anspruch auf Wohnungstausch ohne Mieterhöhung einführen, damit Menschen unkompliziert in Wohnraum ziehen können, der ihrer aktuellen Lebenssituation entspricht.
- **Umwandlungsverbot:** Die Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen wollen wir in Gebieten mit angespanntem Wohnungsmarkt verbieten.
- **Sanierung vor Neubau:** Wir fordern eine Genehmigungspflicht für Abrisse, die nur in Ausnahmefällen erteilt wird, um die „graue Energie“ im Bestand zu erhalten und bezahlbare Mieten zu sichern.

- **Warmmietenneutralität:** Energetische Sanierungen müssen so gefördert werden, dass sie für Mieter*innen kostenneutral bleiben; die Modernisierungsumlage wollen wir abschaffen.

Antwort der SPD Baden-Württemberg: Wir werden zur Deckung des großen Bedarfs an Wohnraum nicht um den Neubau herumkommen. Doch wir sehen auch, dass der Wohnraum, den wir haben, nicht nur ungleich, sondern oft auch nicht effizient verteilt ist. Vereinfacht gesagt: Je älter jemand wird, desto mehr Wohnraum belegt er oder sie. Die individuellen Gründe dafür sind verschieden, aber oft handelt es sich beim unterbelegten Wohnraum im Alter um diejenigen Einfamilienhäuser, die früher der eigenen vier- oder fünfköpfigen Familie Obdach boten, nun aber allein bewohnt werden, da die Kinder ausgezogen und möglicherweise auch die Partner:in verstorben ist. Manchmal befinden sich dort ganze Stockwerke, die nicht mehr bewohnt werden, weil es dafür keinen Bedarf mehr gibt. Oftmals ist dies auch mit persönlichen Belastungen verbunden, da das Häuschen im ehemaligen Neubaugebiet nicht nur schlecht erreichbar ist, sondern auch nicht barrierefrei gebaut wurde. Wohnraum zum Ausweichen steht allerdings oft nicht zur Verfügung oder ist so teuer, dass der Umzug sich nicht lohnt. Viele Ältere sind damit regelrecht Gefangene ihres alten Einfamilienhauses, das sie längst nicht mehr selbst bewirtschaften und nutzen können. Da setzen wir an. Wir setzen bei der Wohnraumförderung auf eine neue Priorisierung der Mittel und wollen denjenigen Wohnraum priorisiert fördern, der den meisten Mehrwert schafft. Und das ist aus unserer Sicht der altersgerechte, bezahlbare und barrierefreie Mehrgeschossbau in den Ortskernen besonders unserer kleinen und mittleren Kommunen. Damit bieten wir Senior:innen eine Alternative zum zu groß gewordenen alten Einfamilienhaus unter Beibehaltung des sozialen Netzes im eigenen Wohnort. Das dann wieder freie Haus kann von jungen Familien bezogen, im Idealfall energetisch aufgewertet und damit neu belebt werden. Damit setzen wir unmittelbar ganze Umzugskaskaden in Gang, da auch diese Familie durch ihren Umzug Wohnraum freisetzt und so weiter. Am Ende steht eine bessere, weil bedarfsgerechtere und effizientere Verteilung des bestehenden Wohnraums und damit auch dessen nachhaltigere Nutzung. Diese Maßnahme setzt auf Förderung und Anreize anstatt Zwang und auf echte Alternativen statt auf kaum in Anspruch genommene, weil zu aufwendige Tauschangebote. Sie steht für uns im Mittelpunkt, wenn es darum geht, den Wohnungsbestand besser zu nutzen. Durch die Förderung stellen wir sicher, dass der so geschaffene Wohnraum auch bezahlbar ist und damit eine echte Alternative für das liebgewonnene alte Einfamilienhaus sein kann.

Antwort der CDU Baden-Württemberg: Im Wohnungsbau setzen wir darauf, Kosten zu senken und schneller zu bauen. Wir vereinfachen das Baunebenrecht, schaffen neue Gebäudetypen mit flexibleren Standards und erleichtern jungen Familien den Zugang zu Wohneigentum durch den „Heimvorteil BW“ und eine schrittweise Senkung der Grunderwerbsteuer.

Antwort der AfD-Landtagsfraktion: Die Bevölkerung Baden-Württembergs hat in den vergangenen Jahren, auch durch Zuwanderung stark zugenommen. Deshalb benötigen wir zusätzlichen Wohnraum. Wir möchten durch Kostenreduzierung als auch durch Zuschüsse den Erwerb von Wohneigentum wieder ermöglichen. Wir fordern die Absenkung der Grunderwerbssteuer, den Erlass der Grunderwerbssteuer für die erste selbstgenutzte Immobilie und eine Eigenheimzulage auf Landesebene. Als Partei der freien Marktwirtschaft sehen wir jede Form von Mietpreisregulierung als problematisch an.

Antwort von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Baden-Württemberg: Eine bezahlbare und zu den eigenen Bedürfnissen passende Wohnung ist das Fundament für ein gutes Leben. Es darf nicht sein, dass immer mehr Menschen 30 Prozent oder mehr ihres Nettoeinkommens für das Wohnen aufwenden müssen oder sie jeder Umzug vor große Herausforderungen stellt. Unser Ziel ist: Wohnraum, der zum individuellen Geldbeutel und individuellen Bedürfnissen passt. Der dort verfügbar ist, wo das Leben einen hinführt und wo eine Nachbarschaft und ein Quartier existiert, das Begegnung, Arbeit, Anbindung, Infrastruktur und Erholung bringt. Fakt ist dabei: Unsere Umwelt ist weitestgehend bebaut. Gerade im Bestand schlummert viel Potenzial für mehr Wohnraum. Für dieses setzen wir uns ein. Wir haben die Landesbauordnung angepasst und damit Umbau und Umnutzung deutlich erleichtert. Leerstehende Büroräume können jetzt beispielsweise ohne aufwändige Genehmigungsverfahren zu Wohnungen umgenutzt werden. Wir haben das Aufstocken und Anbauen erleichtert und den Bestandsschutz gestärkt. Bei Nutzungsänderungen sowie baulichen Änderungen muss das Bestandsgebäude jetzt nicht mehr an die aktuellen, oftmals strengeren Vorschriften angepasst werden. Mit der Wiedervermietungsprämie sorgen wir dafür, dass leerstehende Wohnungen wieder an den Markt kommen. Wir bieten Beratungen zum Umbau von Einfamilienhäusern an, damit beispielsweise leerstehender Wohnraum nach dem Auszug von Kindern wieder als Wohnraum in die Vermietung gelangen kann. Auch unsere Förderprogramme – von der Landeswohnraumförderung, über „Flächen gewinnen durch Innenentwicklung“ bis zur Städtebauförderung – fördern Maßnahmen im Bestand. Für uns ist klar: Diesen Weg setzen wir fort. Auf Bundesebene werden wir uns für ein zeitgemäßes Bauplanungsrecht stark machen, auf Landesebene alle Hebel für die Bestandserüchtigung betätigen. Damit die Potenziale im Wohnungs- und Gebäudebestand bestmöglich genutzt werden.

Antwort der FDP Baden-Württemberg: Der überwiegende Teil des Mietwohnungsbestandes befindet sich im Eigentum von Privatpersonen. Das sind häufig Menschen, die mit einer Mietimmobilie fürs Alter vorgesorgt oder ihr Ersparnis investiert haben. Um den Wohnungsbestand besser zu nutzen, setzen wir deshalb vor allem auf Anreize fürs Vermieten statt auf neue Hürden. Gerade Kleinvermieter sind ein wichtiges Rückgrat des baden-württembergischen Mietwohnungsmarktes. Wenn das Vermieten einfacher und kalkulierbarer wird, kann das Angebot steigen. Mit

Regulierungen wie der Mietpreisbremse oder dem Zweckentfremdungsverbot hat die Landesregierung Vermieter in den letzten Jahren unter Generalverdacht gestellt. Viele, vor allem ältere Vermieter, haben daher ihre Wohnungen dem Markt entzogen. Wir möchten auf zusätzliche Regulierungen und Belastungen, die Vermietung unattraktiv machen oder Investitionen ausbremsen (z. B. neue Pflichten, starre Vorgaben oder Sanierungszwänge) verzichten. Zusätzlich benötigt es Anreize für private Investoren und Baugenossenschaften, damit Modernisierung, Umbau und Vermietung wieder stärker stattfinden. Außerdem benötigt es eine Entschlackung des Baurechts dort, wo es sinnvolle Umnutzungen verhindert – damit bestehende Gebäude flexibler weiterentwickelt und vorhandene Wohnflächen im Bestand leichter erweitert oder neu aufgeteilt werden können. Die wollen wir unter anderem mit einer Generalumbauorm erreichen.

Antwort der Tierschutzpartei Landesverband Baden-Württemberg: Wir fordern den Neubau von mindestens 20.000 Sozialwohnungen in Baden-Württemberg jährlich. Zudem sollen Ballungsräume verdichtet und Leerstand und Büroflächen in bezahlbaren Wohnraum umgebaut werden. Besonders wichtig sind uns hierbei nachhaltige ökologische Standards. Baugrund und Eigentum von Kommunen müssen in öffentlicher Hand bleiben. Bodenspekulation, erhöhte und profitorientierte Mieten, z. B. durch große Wohnungsgesellschaften, möchten wir verbieten. Leerstand muss vermieden werden. Das Land soll Vermieter*innen mit Problemen bei der Vermittlung helfen. Eine räumliche Verkleinerung und das Bilden von Wohngemeinschaften soll vom Land gefördert werden, gerade ältere Menschen nutzen ihren Wohnraum meist nicht voll aus und reagieren positiv auf bestehende Modelle zur Verkleinerung und Gemeinschaftsbildung.

Antwort der Freien Wähler Baden-Württemberg: Wir wollen den Wohnungsbau fördern, statt Mieten zu deckeln: mehr Sozialwohnungen und mehr Ausweisungen von Baugebieten, um ein qualitatives Leben durch sicheren Wohnraum zu garantieren.

Antwort von Volt Baden-Württemberg: Volt setzt auf eine effiziente und sozial gerechte Nutzung des bestehenden Wohnraums, um den Bedarf an Wohnungen klimaschonend zu decken und die Flächenversiegelung zu minimieren. Kernpunkte sind die Förderung des sozialen Wohnbaus durch Genossenschaften und Kommunen sowie landesweite Wohnungstauschprogramme, die durch Umzugs- und Mietkostenzuschüsse sowie digitale Plattformen Senior:innen den Wechsel in barrierefreie Wohnungen erleichtern und so Platz für Familien schaffen. Ergänzend dazu fördern wir gemeinschaftliche Wohnformen wie Generationenhäuser und Alters-WGs. Um Leerstände konsequent zu aktivieren, fordern wir eine Meldepflicht für Gewerbeimmobilien und die unbürokratische Umnutzung bestehender Gebäude. Zusätzlicher Wohnraum soll zudem durch Nachverdichtung mit Augenmaß entstehen, etwa durch Dachgeschossausbauten, Aufstockungen oder die Überbauung von Parkplätzen. Flankiert werden diese Maßnahmen durch eine aktive kommunale Bodenpolitik unter verstärkter Nutzung von Erbbaurecht und Bodenfonds, um langfristig bezahlbares Wohnen in lebendigen Quartieren zu sichern.

5) Mit welchen konkreten Maßnahmen möchten Sie verkehrspolitisch den öffentlichen Nah- und Fernverkehr attraktiver gestalten?

Antwort von Die Linke Baden-Württemberg: Unser Ziel ist eine echte Mobilitätsgarantie für alle Bürger*innen.

- **Preise drastisch senken:** Wir wollen das **9-Euro-Ticket** sofort wieder einführen und fordern langfristig einen **sozialistisch finanzierten Nulltarif** im ÖPNV. Für Schüler*innen, Azubis, Studierende und Senior*innen soll der Nahverkehr sofort kostenlos sein.
- **Angebotsausbau:** Wir fordern eine Verdoppelung des öffentlichen Verkehrsangebots bis 2030. Im ländlichen Raum soll eine **Mobilitätsgarantie** mit einer Anbindung im Stundentakt von 6 bis 22 Uhr gelten.
- **Bahnpreise halbieren:** Die Ticketpreise im Fernverkehr sollen mindestens halbiert werden, finanziert unter anderem durch die Abschaffung des Dienstwagenprivilegs und der Kerosinsteuerbefreiung.
- **Kurzstreckenflüge verlagern:** Wir setzen uns für ein Verbot von Flügen zu Zielen ein, die mit dem Zug in unter 5 Stunden erreichbar sind.
- **Barrierefreiheit:** Wir wollen ein Investitionsprogramm, um Bahnhöfe und Fahrzeuge bis spätestens 2030 vollständig barrierefrei umzubauen.

Antwort der SPD Baden-Württemberg: Bis 2030 wollen wir bestehende Angebotslücken in der gesamten Fläche des Landes schließen und so Mobilität für alle garantieren. Wir werden alle Spielräume des Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes (GVFG) nutzen, um Bahnstrecken zu elektrifizieren und Verbindungen wiederzubeleben. Davon profitiert sowohl der Nah- wie auch der Fernverkehr. Wir werden das Deutschlandticket langfristig absichern und ergänzen es um ein landesweites Sozialticket, das besonders Menschen mit geringem Einkommen mobil hält: sozial gestaffelt, fair finanziert und preisstabil.

Antwort der CDU Baden-Württemberg: Im Bereich Verkehr arbeiten wir daran, dass Bus und Bahn wieder zuverlässig und attraktiv werden. Wir verbessern die Taktung, bauen moderne Fahrzeuge und barrierefreie Stationen aus und nehmen stillgelegte Strecken wieder in Betrieb. Gleichzeitig machen wir den ländlichen Raum durch flexible Angebote wie Ruf-Busse, Sharing Modelle und intelligente Verkehrsführung mobiler. Ergänzend investieren wir in Radwege und digitale Logistik, um Staus zu reduzieren und Wege effizienter zu gestalten.

Antwort der AfD-Landtagsfraktion: Wir setzen auf eine Verkehrspolitik, die sich an den tatsächlichen Bedürfnissen der Bürger orientiert und nicht an ideologischen Vorgaben. Deshalb wollen wir den öffentlichen Nah- und Fernverkehr vor allem durch mehr Verlässlichkeit, bessere Infrastruktur und wirtschaftlich tragfähige Angebote stärken. Für uns steht im Mittelpunkt, dass Züge und Busse wieder pünktlich, sauber und sicher unterwegs sind. Dazu modernisieren wir die bestehende Schieneninfrastruktur, beseitigen Engpässe und reaktivieren Strecken, wenn sie sinnvoll betrieben werden können. Gleichzeitig bauen wir das Angebot aus, verbessern Taktungen und sorgen dafür, dass auch ländliche Regionen wieder besser angebunden werden. Wir setzen auf faire, bezahlbare Preise statt politisch motivierter Experimente und lehnen künstliche Verteuerungen des Individualverkehrs ab, die Bürger in den ÖPNV drängen sollen. Sicherheit und Ordnung in Bahnhöfen und Fahrzeugen haben für uns hohe Priorität, weshalb wir mehr Sicherheitspersonal und konsequente Durchsetzung des Hausrechts fordern. Zudem stärken wir die Digitalisierung durch moderne Ticket- und Informationssysteme sowie eine stabile Mobilfunk- und WLAN-Abdeckung entlang wichtiger Strecken. Insgesamt verfolgen wir eine technologieoffene Verkehrspolitik, die Qualität und Attraktivität des öffentlichen Verkehrs durch praktische Verbesserungen erreicht - nicht durch Verbote oder Einschränkungen.

Antwort von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Baden-Württemberg: Der öffentliche Nahverkehr in Baden-Württemberg besteht aus dem Schienenpersonennahverkehr (SPNV) in Aufgabenträgerschaft des Landes sowie der Region Stuttgart für die Stuttgarter S-Bahn und aus dem straßengebundenen ÖPNV (Bus und Straßenbahn) in Aufgabenträgerschaft der Stadt- und Landkreise. Der öffentliche Fernverkehr ist Aufgabe des Bundes, so dass die Landespolitik keine unmittelbare Handlungskompetenz bzgl. des Fernverkehrs hat. Der SPNV ist das Rückgrat des öffentlichen Verkehrs in Baden-Württemberg. Mit neuen, komfortablen und barrierefreien Zügen sowie dichteren Takten haben wir Baden-Württemberg zum Bahnland Nr. 1 in Deutschland gemacht. Um die Klimaschutzziele im Verkehr zu erzielen, wollen wir die Fahrgastzahlen im öffentlichen Verkehr bis 2030 verdoppeln. Dazu braucht es noch mehr Züge und noch dichtere Takte, vor allem aber eine ausgebaute und zuverlässige Infrastruktur. Auch in Zukunft wollen wir Grüne den Ausbau der Schieneninfrastruktur und die Modernisierung der Zugflotte mit neuen Fahrzeugen vorantreiben. Sie haben eine höhere Kapazität für mehr Fahrgäste und sind komfortabler. Wir stärken das Vertrauen in den öffentlichen Nahverkehr durch höhere Zuverlässigkeit und aufeinander abgestimmte Verkehrsangebote im ganzen Land. Wir arbeiten an einem Zukunftsfahrplan 2040 mit dichtem Takt und hoher Zuverlässigkeit. Dafür setzen wir den Verkehrsvertrag 2.0 konsequent um und machen uns stark für eine landesweite Anschlusssicherung, Echtzeit-Fahrgastinformationen und die Bewältigung von Störungen. Des Weiteren wollen wir möglichst viele stillgelegte Schienenstrecken wieder in Betrieb nehmen. Unsere Reaktivierungsstrategie werden wir weiterentwickeln, die Projektträger gezielt bei der Planung und Umsetzung unterstützen und den späteren Betrieb sichern. Die Mobilitätsgarantie im ÖPNV in Baden-Württemberg ist ein zentrales Ziel der grün-geführten Landesregierung. Damit haben wir einen Paradigmenwechsel eingeleitet: Bis 2030 soll in ländlichen Räumen mindestens alle 30 Minuten ein öffentliches Verkehrsmittel fahren – sei es Linienverkehr oder flexibler On-Demand-Verkehr. In Ballungsräumen soll der 15-Minuten-Takt gelten. Wir wollen die kommunalen Aufgabenträger finanziell unterstützen, dieses Mindestangebot im ÖPNV zu betreiben. Damit realisieren wir dann die Garantie, wie etwa in der Schweiz oder in der Region Voralberg, ganztägig per Bus, Shuttle oder Bahn mobil und erreichbar sein zu können. Nachvollziehbare und gerechte Tarifangebote wollen wir sichern. Das Deutschlandticket und das D-Ticket Jugend BW haben hier neue Maßstäbe gesetzt. Unser Ziel bleibt klar: Ein Ticket, ein Preis – für ganz Baden-Württemberg und ganz Deutschland. Um auf dem Weg zur Mobilitätsgarantie weiter voranzukommen, braucht es eine gemeinsame Kraftanstrengung auf allen Ebenen. Das gilt sowohl organisatorisch als auch regulatorisch und vor allem finanziell. Bund, Land und die kommunalen ÖPNV-Aufgabenträger dürfen auch in herausfordernden Zeiten, nicht nur die Sicherung des bestehenden Angebots im Blick haben. Mit dem Mobilitätspass hat die grüngeführte Landesregierung den Kommunen und Städten ein Finanzierungsinstrument für mehr Bus- und Bahnverkehr sowie Tarifverbesserungen wie Sozialtickets an die Hand gegeben. Das werden wir weiter ausbauen. Der Mobilitätspass ermöglicht den Kommunen eine faire Finanzierung des Angebots und stärkt den Ausbau insbesondere in ländlichen Räumen. Wir unterstützen die Verkehrsverbünde dabei, ihre Strukturen zu verschlanken und Verwaltungsapparate effizienter aufzustellen. Hierzu gehören die weitere Vereinfachung und landesweite Vereinheitlichung der lokalen Tarifstrukturen und technischen Systeme. Wir setzen die Förderung der Anschaffung von E-Bussen fort und bauen sie aus. Gemeinschaftsverkehre wie Bürgerbusse leisten einen wichtigen Beitrag zur Mobilitätsgarantie. Sie verbinden Engagement mit Versorgungssicherheit, schließen Lücken im Liniennetz und stärken den sozialen Zusammenhalt. Das Land unterstützt in Zukunft noch stärker Bürgerbus-Initiativen bei Gründung, Finanzierung, Fahrzeugbeschaffung und der Nachwuchsfahrer*innen-Frage. Ein neuer Baustein für die Mobilität sind insbesondere On-Demand-Verkehre mit autonomen Shuttle-Bussen. Wir wollen das führende Flächenland im autonomen Fahren im ÖPNV werden. In Zukunft können hunderte autonom fahrende Shuttles im On-Demand-Verkehr Ortschaften miteinander verbinden, die keinen Schienen- oder regelmäßigen Busverkehr haben. Zur Verbesserung der Qualität im ÖPNV und SPNV wollen wir Qualitätsvergaben etablieren, die neben dem Preis auch soziale und ökologische Aspekte zum Wohle sowohl der Beschäftigten als auch der Fahrgäste in den Blick nehmen. Die Erfolgsgeschichte Regiobusse wollen wir mit weiteren Linien fortschreiben, um die verbleibenden Lücken zwischen den Schienenstrecken zu schließen und ländliche Räume noch besser anzubinden. Verbleibende Lücken sollen durch On-Demand-Verkehre geschlossen werden. Potenziale der Digitalisierung wollen wir nutzen. Mit Echtzeitdaten, digitalen Buchungsmöglichkeiten und Anschlussgarantien. Aber nicht alle Menschen nutzen digitale Kanäle. Deshalb gilt: Digital, wo es hilft – analog, wo es

gebraucht wird. Die Initiativen zur Fachkräftesicherung und -gewinnung wollen wir intensivieren. Das beinhaltet Unterstützung des Bundes bei der Vereinfachung der Berufskraftfahrerausbildung bzw. beim Erwerb des Busführerscheins. Dabei wollen wir KI-basierte Systeme zur aktiven Fahrgastkommunikation einsetzen. Der Linien- und Pendelverkehr auf dem Bodensee, inklusive der Schiffsfahrten zu unseren Nachbarn in die Schweiz und Österreich, soll endlich Teil des öffentlichen Nahverkehrs werden. Dieser soll mit einem einheitlichen Tarif wie dem Deutschlandticket, ggfs. mit Aufpreis, nutzbar sein. Zudem soll die Taktung erhöht werden.

Antwort der FDP Baden-Württemberg: Neben zwingend notwendigen Verbesserungen der Infrastruktur kann der öffentliche Nah- und Fernverkehr nur dann für die Menschen attraktiver werden, wenn er deren Bedürfnisse erfüllt. Dazu gehören Vereinfachungen in der Bedienung, etwa durch das Aufrechterhalten des FDP-Vorschlags des Deutschlandtickets, mit dem der komplizierte Tarifschunzel gelichtet wurde. Das wollen wir auch für Gelegenheitsnutzer vereinfachen, indem die 19 Verkehrsverbände konsolidiert werden und der Ticketkauf vereinfacht wird. Ebenso setzen wir uns gezielt für autonom fahrende Angebote bei Bus und Bahn ein. Das schließt autonom fahrende Kleinbusse oder Autos, die intelligent andere Reisende aufsammeln und zeitnah den nächsten Knotenpunkt anfahren mit ein. Bequeme Angebote von und nach zuhause müssen das Ziel sein und auch den ländlichen Raum miteinschließen, wo die Wege mit dem ÖPNV bislang nicht hinreichend nutzerfreundlich sind, um wirklich attraktiv zu sein. Wir wollen die Attraktivität aller Verkehrsträger steigern. Das Gegeneinander Auto/Bus und Bahn muss in einer modernen Verkehrspolitik endlich überwunden werden.

Antwort der Tierschutzpartei Landesverband Baden-Württemberg: Fahrradwege sollen ausgebaut und sicherer und der ÖPNV kostenlos werden. Ob das beispielsweise durch eine Nahverkehrsabgabe oder einen Mobilitätspass passiert, bleibt Verhandlungssache und soll an eine soziale Staffelung gebunden werden. Das Deutschland-Ticket muss dauerhaft kostengünstig erhalten bleiben und kurzfristig als 9-Euro-BW-Variante gefördert werden. Außerdem müssen Schienen nicht nur ausgebaut, sondern auch stillgelegte Strecken wieder in Betrieb genommen werden. Zu einem funktionierenden Nahverkehr gehören ebenso eine gute Taktung und attraktive Arbeitsbedingungen. Wichtig ist uns, dass auch kleine und abgelegene Gemeinden durch öffentliche Ruftaxis und neue Strecken eine gute Anbindung erhalten.

Antwort der Freien Wähler Baden-Württemberg: Wir FREIE WÄHLER setzen uns für eine Infrastruktur ein, die funktioniert – zuverlässig, bezahlbar und klimafreundlich. Straßen, Schienen, Wasserwege und Flughäfen – sie alle gehören zur Daseinsvorsorge. Doch zu oft werden Regionen abgehängt, Pendler frustriert und lärmgeplagte Anwohner allein gelassen. Wir sagen: Schluss mit Flickwerk und Versprechen – jetzt wird angepackt! Wir machen Bus und Bahn wieder attraktiv, bringen den Güterverkehr auf die Schiene, sanieren Brücken, stärken Flughäfen und investieren in moderne Mobilität mit Verstand. Nicht gegen das Auto – sondern für einen klugen Mix, der Menschen verbindet und Regionen stärkt. Denn Mobilität schafft Chancen – überall im Land. Bus und Bahn müssen attraktiver werden! Wir investieren in moderne Bahnhöfe, neue Strecken und dichtere Fahrpläne – auch in Randzeiten. Der ländliche Raum braucht endlich Anschluss an die Zentren – für gleiche Chancen und Lebensqualität überall. Wir setzen uns für den Erhalt des Deutschlandtickets ein und fordern für Menschen mit Niedrig-Einkommen eine kostenlose Beförderung im Nahverkehr. Deutschland investiert zu wenig in die Bahn. Wir sagen: Schluss mit dem Sparkurs – mehr Investitionen für die Verkehrswende! Güter gehören auf die Schiene, nicht auf die Straße! Der Güterverkehr muss CO₂-sparender werden – mit mehr Waggons, besseren Strecken. Alle Güterwagen müssen auf leise Technik umgerüstet werden, ausnahmslos – zum Schutz der Menschen vor Ort. Regionale Flughäfen wie in Friedrichshafen oder Karlsruhe sind wichtig – aber sie müssen wirtschaftlich arbeiten. Klimafreundlich fliegen – mit E-Kerosin! Wir fordern mehr Forschung und klare Ziele für klimaneutrales Kerosin im Luftverkehr – für echten Fortschritt, nicht heiße Luft. Schiffe entlasten Straßen und Schienen! Die Binnenschifffahrt am Rhein und Neckar hat Zukunft – mit neuen Terminals und ausgebauten Schleusen. Keine Verdrängung des Autos – sondern Vernunft! Das Auto bleibt Teil unserer Mobilität – besonders im ländlichen Raum. Wir stehen zum Individualverkehr.

Antwort von Volt Baden-Württemberg: Wir möchten den öffentlichen Nah- und Fernverkehr durch ein zuverlässiges, vernetztes und bezahlbares System zur echten Alternative zum Auto machen.

Vernetzung und Verlässlichkeit: Zentrales Element ist der Baden-Württemberg-Takt Plus, der regelmäßige Zugverbindungen in europäische Nachbarregionen im Zwei-Stunden-Takt sicherstellt. Im Fernverkehr fordern wir ein europäisches Hochgeschwindigkeitsnetz, das alle Städte über 100 000 Einwohner*innen verbindet und durch ein attraktives Nachtzugangebot ergänzt wird. Die Infrastruktur stärken wir durch das digitale Zugsicherungssystem ETCS, um mehr Kapazität und Pünktlichkeit auf der Schiene zu schaffen.

Intelligente Finanzierung: Um den Ausbau und günstige Tarife wie das Deutschlandticket dauerhaft zu sichern, führen wir neue Finanzierungsinstrumente ein. Dazu gehören eine optionale City-Maut für Großstädte sowie eine Parkgebühren-Abgabe für kommerzielle Flächen, deren Einnahmen direkt in den ÖPNV fließen.

Digitalisierung und Komfort: Alle Mobilitätsangebote von Bus und Bahn bis hin zu Sharing-Diensten bündeln wir in einer zentralen MaaS-App (Mobility as a Service) mit Echtzeitdaten. Haltestellen bauen wir zu Mobilitäts-Hubs aus, die das Umsteigen zwischen verschiedenen Verkehrsmitteln durch barrierefreie Zugänge und sichere Radabstellplätze erleichtern. Wir machen Barrierefreiheit zum verbindlichen Standard im gesamten Nah- und Fernverkehr. Zudem unterstützen wir die kostenlose Fahrradmitnahme und bieten Senior*innen, die freiwillig ihren Führerschein abgeben, die kostenlose Nutzung des ÖPNV an.

6) Mit welchen konkreten Maßnahmen möchten Sie bildungspolitisch das allgemeine Bildungsniveau anheben?

Antwort von Die Linke Baden-Württemberg: Wir wollen ein inklusives Bildungssystem, das den Lernerfolg vom Geldbeutel der Eltern entkoppelt.

- **Eine Schule für alle:** Wir fordern die Einführung der **Gemeinschaftsschule** als Regelschule, in der Kinder länger gemeinsam lernen und individuell gefördert werden.
- **Personalschlüssel verbessern:** Wir planen eine Offensive für **zusätzliche Lehrkräfte** und Erzieher*innen sowie ein Zwei-Pädagog*innen-System pro Klasse.
- **Wirkliche Lernmittelfreiheit:** Schulbücher, digitale Endgeräte sowie der Schulweg und das Mittagessen müssen für alle Schüler*innen kostenfrei sein.
- **Individuelle Förderung statt Selektion:** Hausaufgaben sollen abgeschafft und durch Lernzeiten in der Schule ersetzt werden, um soziale Benachteiligung abzubauen.
- **Hochschulzugang öffnen:** Wir wollen ein Hochschulzugangsgesetz, das den Zugang auch mit Fachabitur oder beruflicher Qualifikation ohne Hürden ermöglicht.

Antwort der SPD Baden-Württemberg: Priorität hat für uns als sozialdemokratische Partei eine Unterrichtsgarantie für Baden-Württemberg – denn immer noch fällt an unseren Schulen zu viel Unterricht aus. Dafür möchten wir mehr Lehrkräfte ausbilden und einstellen sowie die Krankheitsvertretungsreserve und multiprofessionelle Teams ausbauen. Außerdem möchten wir Schulleitungsreferentinnen und Schulleitungsreferenten zur Entlastung der Schulleitungen einstellen und das Modell der Anrechnungsstunden überarbeiten, denn für die SPD ist klar: Unsere Lehrkräfte brauchen mehr Unterstützung und müssen sich auf ihre Kernaufgabe konzentrieren können: das Unterrichten. Wir von der SPD möchten zudem die gebührenfreie Kita einführen und das letzte Kindergartenjahr verpflichtend machen, um die Startchancen in der Grundschule für alle Kinder zu verbessern. Die Einführung der verbindlicheren Grundschulempfehlung – eingeführt von Grün-Schwarz – machen wir rückgängig. An den Grundschulen möchten wir Schülerinnen und Schüler mit mehr Zeit für die Basiskompetenzen, zusätzlicher Lesezeit und verpflichtendem und kostenlosem Nachhilfeunterricht für Schülerinnen und Schüler, deren Note schlechter als vier sind, unterstützen. Um Schülerinnen und Schüler zielgerichteter fördern zu können, ist es wichtig, Gruppen teilen zu können – hierzu sind auch in der Grundschule Poolstunden notwendig. Mit der datengestützten Qualitätsentwicklung werden wir Förderprogramme zielgerichteter einsetzen und deren Wirkung überprüfen. Das fächerübergreifende Lernen sowie die Sprachförderung werden wir stärken. Inklusion entwickeln wir fort. Sie ist ein Grundrecht und nicht verhandelbar. Sie muss an allen Schularten und Schulen erfolgreich umgesetzt werden – dafür werden wir uns einsetzen. Unter anderem streben wir das Zwei-Pädagogen-Prinzip an und eine gesicherte, vom Land unterstützte Finanzierung der Schulbegleitungen. Perspektivisch möchten wir das baden-württembergische Schulsystem zu einem Zwei-Säulen-System ausbauen. Bei all diesen Vorhaben werden wir stets die Arbeitsbelastung der Lehrkräfte im Blick behalten und für Entlastung sorgen. Unter anderem werden wir uns um eine neue Arbeitszeiterfassung für Lehrkräfte bemühen und Verwaltungsvorgänge weiter digitalisieren. Bildung hat für uns einen hohen Stellenwert – das wird sich im Haushalt widerspiegeln.

Antwort der CDU Baden-Württemberg: Um das Bildungsniveau zu heben, rücken wir Wissen und klare Leistungsanforderungen wieder stärker in den Mittelpunkt. Wir schärfen die Bildungspläne, führen die verbindliche Grundschulempfehlung „2 aus 3“ ein und stärken die frühkindliche Sprachförderung. Mit besseren digitalen Lernbedingungen, klaren Schulprofilen und modernen Unterrichtskonzepten schaffen wir einen verlässlichen Rahmen für gute Bildung von Anfang an.

Antwort der AfD-Landtagsfraktion: Die AfD Baden-Württemberg stellt die Begriffe Leistung, Wissen und Können in den Mittelpunkt ihrer Schulpolitik. Vor diesem Hintergrund setzen wir uns für ein Schulwesen ein, das der Unterschiedlichkeit der Schüler durch ein gegliedertes Schulsystem gerecht wird und jedem Kind die bestmöglichen Entwicklungs- und Aufstiegschancen eröffnet. Dazu gehört zwingend, dass der Wechsel zwischen Schulformen grundsätzlich möglich bleibt und das Leitprinzip „kein Abschluss ohne Anschluss“ konsequent Anwendung findet. Darüber hinaus fordern wir neben einer fachlichen auch eine ideologiekritische Überarbeitung des Bildungsplans von 2016. Bildungsinstitutionen dürfen nicht zur politischen oder weltanschaulichen Indoktrination unserer Kinder missbraucht werden. Die zentrale Aufgabe der Schule ist und bleibt die Vermittlung von Wissen und Können, um junge Menschen zu befähigen, ihr Leben als mündige Bürger eigenverantwortlich zu gestalten. Eine wesentliche Voraussetzung für erfolgreiches Lernen ist dabei die Beherrschung der deutschen Sprache. Der Besuch der Grundschule setzt daher Deutschkenntnisse voraus, die eine aktive Teilnahme am Unterricht ermöglichen. Kinder, die diese noch nicht ausreichend mitbringen, müssen zunächst gezielt in Vorschulklassen gefördert werden. Zugleich streben wir eine Flexibilisierung und stärkere Fokussierung der Grundschule an. Ziel ist es, dass am Ende der vierten Klasse solide und verlässliche Bildungsstandards erreicht werden. Die AfD Baden-Württemberg begrüßt die faktische Wiederherstellung der Verbindlichkeit der Grundschulempfehlung für den Übergang auf das Gymnasium. Ergänzend dazu fordern wir, dass künftig auch der Besuch der Realschule an eine begründete Grundschulempfehlung geknüpft wird, damit diese Schulart ihre spezifischen Stärken wieder voll entfalten kann. Auch die Wiedereinführung des neunjährigen Gymnasiums (G9) als Regelfall entspricht einer langjährigen Forderung der AfD Baden-Württemberg.

Kritisch sehen wir jedoch, dass die Gesamtstundenzahl des neuen G9 unter derjenigen des früheren Modells liegt und damit hinter dessen Leistungsniveau zurückbleibt. Überlegungen der politischen Führung, langfristig die Verbindlichkeit der zweiten Fremdsprache abzuschaffen, lehnen wir entschieden ab. Ebenso betonen wir die herausragende Bedeutung der Mathematik als Schlüsselfach für Naturwissenschaft, Informatik und Technik. Deshalb muss Mathematik neben Deutsch verbindlicher Bestandteil der schriftlichen Abiturprüfung sein. Schließlich erstrecken sich unsere bildungspolitischen Forderungen auch auf den Hochschulbereich. Fachliche Exzellenz muss wieder das dominierende Kriterium bei der Besetzung von Professuren sein; Quotenregelungen jeglicher Art lehnen wir ab. Professoren und Fakultäten sind wieder als fachliche Autoritäten zu stärken. Dazu gehört, ihnen die Kontrolle über Studieninhalte und Studienmethodik so weit wie möglich zurückzugeben. Maßgeblich darf allein der fachliche Zweck sein - nicht Vorgaben von Agenturen oder politische Randbedingungen. Die fortschreitende Verschulung des Studiums ist zu beenden, und die Fähigkeit zu eigenständigem, kreativem Denken muss wieder ins Zentrum akademischer Bildung rücken.

Antwort der FDP Baden-Württemberg: Wir setzen bildungspolitisch auf ein vielgliedriges, leistungsorientiertes und zugleich durchlässiges Schulsystem, das der Vielfalt der Begabungen und Entwicklungsstände von Kindern gerecht wird. Statt einer Einheitsschule für alle wollen wir für jedes Kind die Schulart anbieten, die seinen Fähigkeiten, Neigungen und Lerntempi bestmöglich entspricht. Bildungsgerechtigkeit bedeutet für uns nicht Gleichmacherei, sondern passgenaue Förderung. Nur so kann das zuletzt in nationalen und internationalen Bildungsrankings deutlich abgesunkene Leistungsniveau wieder nachhaltig angehoben werden. Ein zentraler Baustein ist für uns die frühkindliche Bildung. Bereits dort werden entscheidende Grundlagen für den späteren Bildungserfolg gelegt. Wir wollen deshalb die Qualität in Kitas stärken, Sprachförderung verbindlich ausbauen und die Einrichtungen personell wie strukturell besser ausstatten, um allen Kindern einen erfolgreichen Start in die Schullaufbahn zu ermöglichen. Ebenso setzen wir auf starke Grundschulen mit einem klaren Fokus auf Basiskompetenzen wie Lesen, Schreiben und Rechnen sowie auf eine verbindliche Grundschulempfehlung, damit Kinder nicht systematisch über- oder unterfordert werden. Leistungsanforderungen und individuelle Förderung müssen dabei Hand in Hand gehen. Ein weiterer Schwerpunkt ist für uns die Entlastung der Lehrkräfte. Lehrkräfte sollen sich wieder auf ihre Kernaufgabe konzentrieren können: guten Unterricht. Dafür wollen wir sie von überbordender Bürokratie, fachfremden Aufgaben und ständig neuen administrativen Zusatzbelastungen befreien. Mehr Unterstützung durch multiprofessionelle Teams, eine bessere digitale Ausstattung und praxistaugliche Verwaltungsstrukturen sind Voraussetzung dafür, dass die Unterrichtsqualität steigt und der Lehrkräfteberuf wieder attraktiver wird. Darüber hinaus wollen wir die Vielfalt der weiterführenden Schularten erhalten und stärken. Insbesondere treten wir für die Wiedereinführung und Stärkung der Werkrealschulen ein. Sie bieten für viele praktisch begabte junge Menschen eine sinnvolle, praxisnahe Schulform und sind ein wichtiger Bestandteil eines leistungsfähigen Bildungssystems, das auch den Bedarf des Mittelstands und des Handwerks berücksichtigt. Insgesamt gilt für uns: Höhere Bildungsqualität erreichen wir durch klare Strukturen, verlässliche Leistungsmaßstäbe, starke Lehrkräfte und echte Wahlfreiheit im Bildungssystem – nicht durch ideologische Experimente.

Antwort der Tierschutzpartei Landesverband Baden-Württemberg: Kostenlose Freizeit- und Betreuungsangebote für Familien, welche die Entwicklung der Kinder und soziale Teilhabe fördern. Unterrichtsbeginn erst ab 9 Uhr, flexible Ganztagsbetreuung mit Rechtsanspruch und gesunde, pflanzliche Mahlzeiten für alle. Moderne Schulgebäude und psychologische Betreuungsangebote an Schulen sind ebenfalls essenziell. Dazu kommen reformierte Lehrpläne, welche die Kinder bestmöglich auf ihr individuelles Leben und aktuelle Anforderungen vorbereiten. Projektbezogener, praxisnaher und fächerübergreifender Unterricht. Klassische Unterrichtsfächer sind oft nicht mehr nah an der Lebensrealität der Kinder und bereiten sie nicht auf die Zukunft vor. Zentrale Werte wie Ethik, Ökologie, Nachhaltigkeit, Klimaschutz, aber auch gesunde Ernährung, Medienkompetenz und andere zukunftsorientierte Themen sollen in Lehrplänen verankert werden. Wichtig bei all diesen Vorschlägen ist uns, dass wir Bildung als Grundrecht sehen und diese kostenfrei zugänglich sein muss.

Antwort der Freien Wähler Baden-Württemberg: Bildung ist der Schlüssel zur Zukunft – für unsere Kinder, für unsere Gesellschaft, für unser Land. Deshalb sagen wir FREIE WÄHLER: Schluss mit Baustellen in Klassenzimmern, Personalmangel und Planlosigkeit! Wir setzen auf echte Chancengleichheit, moderne Lernkonzepte und eine Bildungspolitik mit Weitblick. Von der Kita bis zur Hochschule braucht es Verlässlichkeit, Qualität und Gerechtigkeit. Dafür stehen wir ein: mit kostenlosen Kindergartenplätzen, kleineren Klassen, gut ausgestatteten Schulen, praxisnaher Ausbildung und fairen Studienbedingungen. Ganztagsbetreuung, Schulsysteme, Lernmodelle – alles muss sich am Leben der Familien orientieren, nicht umgekehrt. Wir stärken die Vielfalt im Unterricht, fördern neue Fächer für das echte Leben und holen die digitale Welt in die Schulen. Denn Bildung muss mit der Zeit gehen – ohne Ideologie, aber mit Herz, Verstand und einer klaren Botschaft: Kein Kind darf zurückbleiben. Jedes Kind verdient beste Bildung – von Anfang an! Wir fordern kostenlose, wohnortnahe Kindergartenplätze für alle Familien – in Stadt und Land. Sprache ist der Schlüssel zur Zukunft! Kinder mit Migrationshintergrund müssen frühzeitig die deutsche Sprache lernen – schon im Kindergarten. Ganztagsbetreuung soll eine echte Wahl sein! Eltern sollen selbst entscheiden können, ob ihre Kinder vormittags oder ganztägig betreut werden. Kleinere Klassen – mehr Lehrer! Kein Kind darf untergehen. Wir fordern maximal 24 Schüler pro Klasse und mehr Förderstunden an jeder Schule. Schulen müssen keine Baustellen sein. Wir investieren in moderne Gebäude, digitale Ausstattung und neue Lernräume – für ein Umfeld, in dem Lernen Freude macht. G9 als Regel – aber mit Wahlfreiheit. Schüler sollen genug Zeit zum

Lernen, Leben und Wachsen haben – das neunjährige Gymnasium macht das möglich. Gemeinschaftsschule und Gymnasium: keine Konkurrenz! Eltern und Kinder sollen frei wählen können – jede Schule verdient gleiche Förderung. Lehrkräfte müssen Zeit für echte Bildung haben. Lehrer sollen lehren, nicht verwalten – und dafür gerecht bezahlt werden. Bildung ist mehr als Mathe und Deutsch. Wir stärken Musik, Kunst, Sport und Vereinsarbeit – denn Persönlichkeit wächst nicht durch Uniformität, sondern durch Vielfalt. Demokratie lebt durch Bildung! Schüler sollen wissen, wie Politik funktioniert – durch Praxis, Projekte und echte Beteiligung. Bildung darf nicht am Geld scheitern! Wir fordern die vollständige Übernahme der Schülerfahrten durch das Land – wie es das Kinderrecht verlangt. Inklusion muss sinnvoll umgesetzt werden! Wir fordern kleinere Klassen, mehr Personal und echte Unterstützung – für Kinder mit und ohne Förderbedarf. Auch begabte Kinder auf dem Land haben ein Recht auf Förderung! In jedem Landkreis muss darum mindestens ein Begabtenzug eingeführt werden. Ausbildung sichert Arbeit! Wir stärken das duale System, modernisieren Berufsbilder und machen Handwerk wieder attraktiv. Fachkräfte sind Zukunft – auch mit Migrationshintergrund! Wer bei uns lernt und arbeitet, soll auch bleiben dürfen – Sicherheit statt Duldung! Berufliches Lernen endet nicht mit dem Abschluss! Wir fordern einen staatlich geförderten Qualifikationsfonds für Fort- und Weiterbildung. Studieren darf kein Luxus sein! Wir wollen mehr günstigen Wohnraum für Studenten und eine bessere Ausstattung von Hochschulen. Hochschulen brauchen Planung und Verlässlichkeit! Wir stehen für feste Stellen statt Zeitverträge und praxisnahe Studiengänge mit klaren Zielen. Bildung darf keine politische Spielmasse sein! Wir fordern einen parteiübergreifenden Bildungsplan für Baden-Württemberg – verbindlich, langfristig und zukunftsfest. Die Realschule muss als eigenständige Schulart mit eigenem Bildungsplan erhalten bleiben! Wir unterstützen den Volksantrag „Nicht ohne unsere Realschulen!“ des Realschullehrerverbandes Baden-Württemberg. Bildung braucht Zukunftstechnologien! Künstliche Intelligenz, Blockchain, Krypto-Währungen – diese Themen gehören in den Unterricht. Das dreigliedrige Schulsystem soll erhalten bleiben – aber mit mehr Zeit für die Kinder. Um der individuellen Entwicklung besser gerecht zu werden, setzen wir uns für eine spätere Aufteilung in die weiterführenden Schularten ein. Die endgültige Einteilung der Schüler erst nach Klasse sechs! Kinder brauchen Zeit, sich zu entfalten, nicht vorschnelle Weichenstellungen – darum müssen die Klassen fünf und sechs wieder als Orientierungsstufe geführt werden. Unterrichtsformen müssen dringend auf den Prüfstand! Lernen muss mit der Zeit gehen – deshalb fordern wir moderne Konzepte, die nach wissenschaftlichen Erkenntnissen, praxisnah, digital und kindgerecht sind. Neue Schulfächer, die auf das echte Leben vorbereiten! Fragen zu Finanzen, Gesundheit, Medien, Alltagskompetenz und Demokratie müssen endlich einen festen Platz im Stundenplan bekommen – für mehr Selbstständigkeit und Lebensnähe im Unterricht. Schule muss dem Schüler dienen und nicht umgekehrt. Wir setzen uns für ein Lernen mit Freude ein. Das beginnt schon mit dem Bio-Rhythmus früh am Morgen – daher: Unterricht erst ab 9 Uhr.

Antwort von Volt Baden-Württemberg: Volt möchte das Bildungsniveau durch einen ganzheitlichen Ansatz steigern. Frühkindliche Bildung wird durch kostenfreie Kernzeiten und bessere Betreuungsschlüssel (1:3 bei U3) gestärkt. In der Schule der Zukunft setzen wir auf das Modell „Eine Schule für alle“. Die strikte Trennung nach Schulformen wird durch ein Leistungsprofil-Modell ersetzt, bei dem die Hochschulreife über Fachkombinationen erreicht wird. Moderne Lernhäuser mit flexiblen Zonen ersetzen klassische Zimmer. Multiprofessionelle Teams aus Psycholog*innen und Sozialarbeitenden entlasten Lehrkräfte. Die Digitalisierung umfasst eine 1:1-Ausstattung sowie die Vermittlung von KI- und Medienkompetenz. Lebenslanges Lernen wird durch ein Bildungszeitgesetz und den Ausbau von Erasmus+ für alle ermöglicht. Strukturell fordern wir eine nationale Bildungsstrategie und einheitliche Standards durch die Aufhebung des Kooperationsverbots.

7) Mit welchen konkreten Maßnahmen möchten Sie umweltpolitisch die Lebensgrundlagen der Menschen durch Natur-, Klima- und Tierschutz aufrechterhalten?

Antwort von Die Linke Baden-Württemberg: Wir verfolgen einen radikalen Kurs zum Schutz unserer Lebensgrundlagen.

- **Klimaneutralität bis 2035:** Wir fordern einen Kohleausstieg bis spätestens 2030 und eine massive Investitionsoffensive in erneuerbare Energien (12 Mrd. Euro jährlich).
- **Ökologische Landwirtschaft:** Wir wollen den Ökolandbau bis 2030 auf 25 % der Fläche ausbauen und den Einsatz von Pestiziden wie Glyphosat sofort verbieten.
- **Waldumbau:** Wir fordern die Überführung von Monokulturen in artenreiche Dauerwälder und wollen **5 % der Waldfläche** als Naturwald der Eigendynamik überlassen.
- **Tierschutz stärken:** Wir fordern ein Verbot von Qualzuchten und eine Begrenzung von Tiertransporten auf maximal 4 Stunden.
- **Chemikalienschutz:** Wir setzen uns für ein umfassendes Verbot von Ewigkeitschemikalien wie PFAS ein und wollen Hersteller für Umweltschäden haftbar machen.

Antwort der SPD Baden-Württemberg: Wir wollen die Lebensgrundlagen der Menschen umweltpolitisch vor allem durch einen stärkeren Natur-, Klima- und Tierschutz sichern, indem wir die Energiewende beschleunigen, Biodiversität und Wälder aktiv schützen und den Tierschutz deutlich ausbauen. Im Bereich Klima und Energie ist uns folgendes besonders wichtig: Ziel ist die Klimaneutralität bis 2040. Massiver Ausbau der erneuerbaren Energien. Erreichen von 80 % erneuerbare Energien an der Bruttostromerzeugung bis 2030. Erhöhung des Flächenziels für Windkraftnutzung und Photovoltaik von 2 % je Region auf 3,2 % landesweit. Nutzung von Landesliegenschaften für PV, Flächenpool für Freiflächen-PV. Investitionen in Stromnetze und Speichertechnologien. Flächendeckende Ladeinfrastruktur,

insbesondere auch im ländlichen Raum. Im Bereich des Naturschutzes ist uns folgendes besonders wichtig: Schutz der Biodiversität und Ausbau der landesweiten Biodiversitätsstrategie: Förderung von Blühflächen, naturnahen Wäldern, Mooren und Gewässern, konsequentere Reduzierung von Pflanzenschutzmitteln und Düngung. Ausgleichsmaßnahmen für Eingriffe in die Natur werden wir besser kontrollieren. Investitionen in ökologische Infrastruktur: Schwammstädte, Grünzüge, urbane Wälder und Renaturierung. Im Bereich Tierschutz ist uns folgendes besonders wichtig: Aktive und engmaschige Kontrollen von Tiertransporten und Tierhaltungen. Strengere (auch Kamera-) Überwachung von Schlachthöfen. Stärkere Beratung und Unterstützung der landwirtschaftlichen Betriebe als präventive Maßnahme. Pflicht zur Registrierung von Hunden und Katzen. Mehr Kontrollen des Handels zur Unterbindung des Handelns und Haltens geschützter Tierarten. Verbot der Nutzung vieler großer Wildtierarten in Zirkussen durch eine Positivliste erlaubter Tierarten. Förderprogramm „Tierschutz“ für die Unterbringung von Fundtieren.

Antwort der CDU Baden-Württemberg: Unsere Umweltpolitik setzt auf wirksame Schritte statt Symbolik. Wir stärken Wälder, Moore und Böden als natürliche CO₂-Speicher, treiben den klimaresilienten Umbau unserer Landschaften voran und schützen Artenvielfalt und Wasserressourcen. Beim Klimaschutz setzen wir auf Technologieoffenheit und priorisieren Maßnahmen nach ihrer tatsächlichen Wirkung. Zukunftstechnologien wie CO₂-Abscheidung, klimafreundliche Kraftstoffe und innovative Energielösungen sollen Baden-Württemberg auch wirtschaftlich voranbringen.

Antwort der AfD-Landtagsfraktion: Wir setzen uns dafür ein, die natürlichen Lebensgrundlagen unseres Landes durch einen pragmatischen, technologieoffenen und am Menschen orientierten Umwelt-, Klima- und Tierschutz zu bewahren. Wir wollen unsere heimischen Wälder, Gewässer und Landschaften schützen, indem wir Pflege, Renaturierung und den Erhalt wertvoller Lebensräume stärken. Wir treten dafür ein, die fortschreitende Flächenversiegelung zu stoppen und regionale Kreisläufe zu fördern, damit Transportwege kürzer werden und Ressourcen geschont bleiben. Beim Klimaschutz setzen wir auf Innovation statt ideologischer Vorgaben: Wir wollen moderne Technologien fördern, die Energieeffizienz steigern und eine sichere, bezahlbare Energieversorgung gewährleisten. Gleichzeitig lehnen wir Maßnahmen ab, die Bürger und Wirtschaft überlasten oder unsere industrielle Basis gefährden. Im Tierschutz setzen wir auf strengere Kontrollen, konsequente Sanktionen bei Verstößen und die Förderung artgerechter Haltung, um Tierwohl und landwirtschaftliche Produktion in Einklang zu bringen. Unser Ziel ist eine Umweltpolitik, die Natur schützt, Lebensqualität erhält und den Menschen als verantwortlichen Gestalter seiner Umwelt ernst nimmt.

Antwort von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Baden-Württemberg: Die Lebensgrundlagen der Menschen zu schützen ist der Kern grüner Umweltpolitik. Natur-, Klima- und Tierschutz gehören dabei untrennbar zusammen. Unser Ansatz verbindet wirksame Maßnahmen, soziale Verantwortung und praktische Umsetzung vor Ort. Klimaschutz: Ursachen bekämpfen, Zukunft sichern. Klimaneutralität Baden-Württemberg bis 2040 mit verbindlichen Zwischenzielen und jährlichem Monitoring nach Klimaschutzgesetz BW. Massiver Ausbau der erneuerbaren Energien (Wind, Solar, erneuerbare Wärme), verbunden mit Netzausbau und Speichern. Klimaschutz als Investitionsmotor: gezielte Förderung für Kommunen, Unternehmen und private Haushalte, z. B. mit der Klimamilliarde; außerdem um den Kommunen Investitionen im Klimaschutz zu erleichtern: Unterstützung der Kommunen Klimaschutz als Pflichtaufgabe und Gemeinschaftsaufgabe im Grundgesetz verankert; Änderung Gemeindeordnung für Erweiterung des kommunalen Kreditrahmens; Möglichkeit für vergünstigte Kredite bei Investitionen, Bürgschaften. Klimaanpassung stärken, z. B. Förderprogramme wie Klimapass, Förderrichtlinie Wasserwirtschaft für Hitzeschutz, Wasserrückhalt in der Landschaft und klimaresiliente Städte. Mit diesen Maßnahmen schützen wir unsere Gesundheit, begrenzen Extremwetterfolgen und schaffen wirtschaftliche Sicherheit. Naturschutz: Lebensräume erhalten, Biodiversität stärken. Mindestens 30 % der Landesfläche unter wirksamen Schutz stellen (Natura 2000, Naturschutzgebiete, Biotopverbund). Landesweiter Biotopverbund konsequent umsetzen, um Lebensräume zu vernetzen. Renaturierung von Flüssen, Auen und Mooren zur Förderung der Artenvielfalt und als natürlicher Klimaschutz. Waldumbau hin zu klimaresilienten Mischwäldern mit mehr Prozessschutz und weniger Kahlschlägen. Reduktion von Pestiziden und Nährstoffeinträgen durch gezielte Förderprogramme für biodiversitätsfreundliche Landwirtschaft. Damit wollen wir unsere Ökosysteme als Grundlage für Ernährung, Wasser, Klima und Lebensqualität intakt halten. Tierschutz: Verantwortungsvoll und verbindlich. Tierschutz ist seit 2002 als Staatsziel im Grundgesetz verankert und damit Ausdruck unserer gesellschaftlichen Verantwortung. Tierschutz umfasst den Schutz von Heim-, Nutz- und Wildtieren. Zum Beispiel: Verbesserung der Haltungsbedingungen in der Nutztierhaltung durch mehr Platz, Licht und frische Luft, strukturierte Ställe sowie Auslauf und Beschäftigung. Förderprogramme für Stallumbauten, damit Tierwohl wirtschaftlich tragfähig wird. Stärkung der regionalen Tierhaltung und kürzerer Transportwege. Konsequenter Vollzug des Tierschutzrechts, insbesondere bei bekannten Problemfeldern. Mehr Transparenz für Verbraucher*innen, u. a. durch klare Kennzeichnung und öffentliche Vorbildfunktion. Ziel ist der Respekt vor dem Mitgeschöpf und faire Bedingungen für Landwirt*innen. Unser Leitprinzip im Natur-, Klima- und Tierschutz ist: Umweltpolitik darf nicht abstrakt bleiben. Wir setzen auf konkrete Maßnahmen, klare Regeln und verlässliche Unterstützung, damit Natur-, Klima- und Tierschutz wirksam umgesetzt werden – und von der gesamten Gesellschaft mitgetragen werden.

Antwort der FDP Baden-Württemberg: Wir wollen für ein zeitgemäßes und unbürokratisches Wildtiermanagement sorgen, indem wir Saatkrähe, Biber und Fischotter ins Jagd- und Wildtiermanagementgesetz aufnehmen, die

Schonzeiten für invasive Arten wie den Waschbären abschaffen und ein landeseigenes Populationsmonitoring für invasive und geschützte Arten umsetzen. Zudem wollen wir moderne Recyclingmethoden fördern, statt einseitige Produktionsverbote auszusprechen. Der Schutz von Moorflächen als CO₂-Senken und wertvollen Biotopen soll weiter vorangetrieben werden. Die Entwicklung innerstädtischer Grünflächen, Kleingartenanlagen und Kaltluftschneisen soll gezielt gefördert werden. Beim Klimaschutz setzen wir voll auf Technologieoffenheit und das einzige wirksame Innovationsinstrument, das gleichzeitig die Kosten im Blick hat: den Emissionshandel. Das bedeutet auch, das baden-württembergische Ziel, bis 2040 klimaneutral zu sein, aufzuheben und möglichst auf das europäische Ziel anzupassen. Denn durch einen baden-württembergischen Sonderweg steigen nur die Kosten, es wird aber kein CO₂ eingespart, da dadurch die Anzahl an Emissionsrechten nicht eingeschränkt wird. Diese werden schlicht von anderen Ländern in Anspruch genommen, die für die Transformation länger Zeit bekommen.

Antwort der Tierschutzpartei Landesverband Baden-Württemberg: Wir möchten saubere und begrünte Städte mit Urban Gardening, Tiny Forests, Begrünung von Fassaden und Dächern fördern. Zudem wird es für die Anpassung an die fortschreitende Klimakatastrophe immer wichtiger, Flächen zu entsiegeln, damit diese sich im Sommer nicht zu Todeszonen aufheizen und bei Starkregenereignissen genügend Wasser aufnehmen können. Mit Renaturierungsmaßnahmen, Ausweitung von Naturschutzgebieten und einem Jagdverbot möchten wir den Lebensraum wilder Tiere schützen. Der Ausbau von Kreislaufwirtschaft, erneuerbaren Energien, Fahrradwegen und ÖPNV sorgt für mehr Nachhaltigkeit, eine bessere Lebensqualität und Gesundheit. Initiativen, wie Repair Cafés, Leih- und Tauschangebote, Mehrweg statt Einweg, möchten wir unterstützen, indem wir finanzielle Mittel und Räumlichkeiten zur Verfügung stellen. Mit der Reduzierung von Pestiziden in der Landwirtschaft hin zum biologischen Anbau möchten wir unsere Gesundheit, den fruchtbaren Boden und die Artenvielfalt schützen. Umweltverschmutzung sollte konsequent verfolgt und nach dem Verursacherprinzip bestraft werden.

Antwort der Freien Wähler Baden-Württemberg: Was wir heute entscheiden, bestimmt die Welt, in der unsere Kinder morgen leben. Deshalb sagen wir: Klimaschutz mit gesundem Menschenverstand statt ideologischer Bevormundung. Wir FREIE WÄHLER stehen für eine Umweltpolitik, die zuhört, anpackt und mit klaren Zielen arbeitet – nah an den Menschen, stark für die Natur. Wir glauben an Fortschritt durch Technik, an Verantwortung vor Ort und an Lösungen, die nicht in Brüssel oder Berlin geschrieben werden, sondern direkt in unseren Städten, Gemeinden und Dörfern. Ob saubere Luft, bezahlbarer Strom, gesicherte Wasserversorgung oder mehr Grün im Alltag – wir machen Politik für das, was uns alle verbindet: unser Leben, unsere Gesundheit, unsere Zukunft, denn Umweltschutz ist kein Randthema. Er ist Daseinsvorsorge. Die Energiewende gehört in Bürgerhand: Wir setzen auf dezentrale Energieversorgung – mit Sonnenkraft auf Dächern und Parkplätzen, Blockheizkraftwerken vor Ort und Beteiligung der Kommunen statt Abhängigkeit von Großkonzernen. Technik statt Verbote: Wir glauben an Innovation, nicht an Bevormundung: Grüner Wasserstoff, E-Fuels, moderne Speicherlösungen – das ist unser Weg zur Klimaneutralität.

Antwort von Volt Baden-Württemberg: Volt strebt Klimaneutralität bis 2040 (in BW 2035) durch eine sozial gerechte Energiewende und den Schutz ökologischer Kreisläufe an.

Klima: Wir fordern eine europaweite CO₂-Bepreisung mit einem Klimabonus, der 33 % der Einnahmen an Bürger*innen rückerstattet. Klimaschädliche Subventionen (Kerosin/Diesel) werden gestoppt.

Natur: Umsetzung von Schwammstadt-Konzepten, Moorschutz und Flussrenaturierung zur CO₂-Speicherung. Kläranlagen erhalten eine vierte Reinigungsstufe gegen Mikroplastik.

Tierschutz: Wir beenden die industrielle Massentierhaltung und Käfighaltung. Zoos werden zu tierfreien Erlebnisräumen; Wildtierhaltung in Privathand wird verboten.

Landwirtschaft: Förderung von Agri-Photovoltaik und modernen Züchtungsmethoden (CRISPR). Supermärkte werden zur Spende genießbarer Lebensmittel verpflichtet.

8) Mit welchen konkreten Maßnahmen möchten Sie sozialpolitisch die Integration ausländischer Mitbürger unterstützen?

Antwort von Die Linke Baden-Württemberg: Integration bedeutet für uns gleiche Rechte und Teilhabe ab dem ersten Tag.

- **Bundespartzipationsgesetz:** Wir wollen eine verbindliche Quote für Menschen mit Migrationsgeschichte im öffentlichen Dienst und die Einrichtung eines Partizipationsrates.
- **Arbeitsmarktzugang:** Alle Arbeitsverbote für Geflüchtete und Geduldete sollen abgeschafft und ausländische Berufsabschlüsse unbürokratisch anerkannt werden.
- **Dezentrale Unterbringung:** Wir wollen die Abschaffung von „Anker-Zentren“ und die Unterbringung von Geflüchteten in regulären Wohnungen fördern.
- **Sprachförderung:** Kostenlose Sprach- und Integrationskurse müssen für alle Menschen unabhängig vom Aufenthaltsstatus zugänglich sein.
- Sowie **erleichterte Einbürgerung** und ein **Wahlrecht für alle**.

Antwort der SPD Baden-Württemberg: Zum Gelingen von Integration braucht es verschiedene Maßnahmen, sei es im Bereich der Sozialberatung, beim Einstieg in den Job, in der Schule oder in der Freizeit. Die SPD will perspektivisch ein einstufiges Integrationsverfahren mit integrierter Sozialberatung einführen, in dem alle Leistungen aus einer Hand

kommen. Sozialverbände können so eine Betreuung ohne Lücken sicherstellen, die über verschiedene Ebenen und Abläufe verstetigt und verzahnt ist. Zur Integration in den Arbeitsmarkt wollen wir die Anerkennung ausländischer Abschlüsse durch das Land beschleunigen und vereinfachen. Das Integrationsmanagement soll als Teil der sozialen Arbeit anerkannt und rechtlich geschützt werden. So wird sichergestellt, dass die Beratungstätigkeit aus der Perspektive der Klient:innen erfolgt. Wir setzen uns dafür ein, dass Förderbedingungen und -nachweise für Landkreise und Kommunen flexibler werden. Wir wollen mehr Personal in diesem Bereich, um eine engere Betreuung zu gewährleisten. Regelmäßige Weiterbildung der Integrationsmanager:innen fördert die fachlichen Kompetenzen und die Supervision. Wir setzen auf gute Sprachförderung, damit Integration gelingt. Kinder mit geringen Deutschkenntnissen brauchen ab dem ersten Tag passende Angebote. Wir entwickeln Vorbereitungsklassen mit intensivem Sprachunterricht weiter und ermöglichen eine schrittweise flexible Integration in den Regelunterricht. Wir verbessern die Sprachstandserhebung im Kindergarten und setzen sie landesweit konsequent um. Dazu gehören auch der Ausbau der alltagsintegrierten Sprachförderung in der Kita sowie das Programm „SprachFit“. Herkunftssprachlicher Unterricht wird unter staatlicher Aufsicht organisiert und pädagogisch fundiert ausgestaltet. So fördern wir Mehrsprachigkeit, stärken Identität und verbessern Bildungschancen. Kitas machen wir gebührenfrei, damit es keine Frage des Geldbeutelns ist, ob ein Kind in die Kita gehen kann. Das letzte Kindergartenjahr soll verpflichtend sein – als gemeinsame Vorbereitung für die Schule. Die Sprachkitas haben sich als ein großer Erfolg erwiesen. Wir wollen dieses Modell weiterhin unterstützen und ausbauen. Wir werden die Ganztagsangebote an Kitas und Schulen ausbauen. Auch das erleichtert die Integration und sorgt für mehr Chancengerechtigkeit. Mit dem Förderprogramm „Sport verbindet“ unterstützen wir gezielt Vereine, die integrative und inklusive Angebote machen. Sport muss für alle zugänglich sein, unabhängig von Herkunft, körperlicher Voraussetzung oder sozialem Status. Integration gelingt am besten im Vereinsleben. Vereine werden durch finanzielle Anreize und bürokratische Erleichterungen motiviert, gezielt auf Neuankommende zuzugehen. Wir setzen uns für eine gezielte Förderung der Vereine bei der Aufnahme von Neuankommenden ein, um die Integration zu vereinfachen und zu beschleunigen.

Antwort der CDU Baden-Württemberg: In der Integrationspolitik verbinden wir klare Regeln mit echten Chancen. Sprache bleibt der Schlüssel – deshalb fördern wir die Betriebssprache Deutsch direkt dort, wo Menschen zusammenarbeiten. Wir unterstützen Gründerinnen und Gründer mit Migrationsgeschichte, machen gelungene Integration sichtbar und setzen zugleich auf konsequente Ordnung, damit Integration gelingen kann. Unser Ziel ist ein Baden-Württemberg, in dem Menschen durch Sprache, Arbeit und gemeinsame Werte ihren Platz finden und unser Land mitgestalten.

Antwort der AfD-Landtagsfraktion: Wir setzen uns dafür ein, dass Integration nicht als einseitige Anpassungsleistung der Gesellschaft verstanden wird, sondern als ein klar geregelter, verbindlicher Prozess, der auf dem Fundament unserer kulturellen Identität, unserer Rechtsordnung und unserer sozialen Leistungsfähigkeit steht. Wir wollen Integration dort unterstützen, wo sie gelingt, und sie dort einfordern, wo sie bislang ausbleibt. Wir stärken die Integration ausländischer Mitbürger, indem wir konsequent auf Sprache, Bildung und gesellschaftliche Teilhabe setzen. Wir fordern verbindliche und anspruchsvolle Sprachkurse, die nicht nur Grundkenntnisse vermitteln, sondern echte Alltagstauglichkeit und berufliche Perspektiven eröffnen. Gleichzeitig erwarten wir, dass die Teilnahme an solchen Kursen verpflichtend ist und an sozialstaatliche Leistungen gekoppelt wird. Wir unterstützen eine klare Orientierung an unseren gesellschaftlichen Werten, insbesondere an Rechtsstaatlichkeit, Gleichberechtigung, Leistungsbereitschaft und der Achtung unserer kulturellen Traditionen. Integration bedeutet für uns, dass Menschen, die dauerhaft in Deutschland leben möchten, diese Grundprinzipien aktiv annehmen und respektieren. Wir fördern gezielte Bildungsprogramme, die Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund frühzeitig Chancen eröffnen, ohne dabei Parallelstrukturen zu verfestigen. Unser Ziel ist es, schulische Leistungen zu verbessern, statt kulturelle Sonderwege zu institutionalisieren. Wir setzen auf Arbeitsmarktintegration, die Qualifikation und Eigenverantwortung stärkt. Dazu gehören berufsbezogene Sprachförderung, Anerkennung realer Kompetenzen und klare Erwartungen an Mitwirkung und Leistungsbereitschaft. Gleichzeitig lehnen wir integrationspolitische Maßnahmen ab, die Fehlanreize schaffen oder dauerhaft von staatlicher Unterstützung abhängig machen. Wir wollen Parallelgesellschaften entgegenwirken, indem wir kommunale Strukturen stärken, die soziale Durchmischung fördern und klare Regeln für das Zusammenleben durchsetzen. Wo Integration scheitert, müssen wir konsequent handeln - durch klare Sanktionen, durchsetzungsfähige Behörden und eine Migrationspolitik, die Überforderung von Kommunen verhindert. Wir unterstützen Integration also dort, wo sie auf Eigeninitiative, Respekt vor unserem Land und dem Willen zur Mitgestaltung beruht. Unser sozialpolitisches Ziel ist ein Deutschland, in dem Zugewanderte, die sich zu unseren Werten bekennen, ihren Platz finden können - und in dem unser Gemeinwesen geschützt, gestärkt und nicht überfordert wird.

Antwort von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Baden-Württemberg: Integration gelingt dort, wo Menschen im Alltag unterstützt werden. Deshalb setzen wir uns sozialpolitisch für verlässliche Beratungs- und Begleitstrukturen vor Ort ein. Ein zentrales Instrument ist das Integrationsmanagement in den Kommunen: Rund 1.200 Integrationsmanager*innen unterstützen Geflüchtete individuell beim Zugang zu Sprache, Bildung, Ausbildung, Arbeit und sozialen Leistungen. So wird Selbstständigkeit aufgebaut und Teilhabe ermöglicht. Ein weiterer Schwerpunkt ist die Sprachförderung. Das Land ergänzt Bundesangebote gezielt durch Elternsprachkurse, berufsbegleitende Kurse und Intensivangebote für junge Menschen. Sprache ist der Schlüssel für Bildung, Arbeit und gesellschaftliche Teilhabe. Gerade junge Menschen stärken wir durch Schulsozialarbeit, Jugendberufshelfer*innen, mobile

Jugendsozialarbeit und Streetwork, auch digital. So erreichen wir Jugendliche, die sonst kaum Zugang zu Hilfsangeboten finden, und eröffnen Perspektiven. Wichtig ist uns außerdem die psychosoziale Unterstützung von Menschen mit Fluchterfahrungen, etwa durch das Programm „BW schützt!“, sowie der Schutz besonders vulnerabler Gruppen wie queerer Geflüchteter. Integration braucht Zeit, stabile Ressourcen und Planungssicherheit. Deshalb unterstützen wir Kommunen und Ehrenamtliche dauerhaft: für ein gutes Zusammenleben und echte Teilhabe.

Antwort der FDP Baden-Württemberg: Arbeit ist ein zentraler Schlüssel für Integration. Unternehmern und Fachkräften dürfen seitens der Verwaltungsbehörden in Baden-Württemberg, insbesondere den kommunalen Ausländerämtern, keine unnötigen Hürden in den Weg gelegt werden. Wir wollen einen Ansprechpartner in Baden-Württemberg im Sinne eines One-Stop-Shops schaffen und es den Menschen leicht machen, hier zu arbeiten. Dafür muss auch die Anerkennung ausländischer Ausbildungen verbessert werden. Die Bemühungen der FDP, Sport und Ehrenamt zu fördern, helfen nicht zuletzt auch bei der Integration. Dazu gehört es aber auch, schnelle und faire Asyl- und Asylgerichtsverfahren zu unterstützen und ausreisepflichtige Personen konsequent rückzuführen. Denn die Ressourcen der aufnehmenden Gesellschaft für eine gelingende Integration sind nicht unendlich, und die Akzeptanz in der Bevölkerung sowie die notwendige Mithilfe der Zivilgesellschaft leiden darunter, wenn es nicht gelingt, Entscheidungen gegen eine Bleibeperspektive auch durchzusetzen.

Antwort der Tierschutzpartei Landesverband Baden-Württemberg: Integration beginnt vor allem am Arbeitsplatz. Wir fordern eine allgemeine Arbeitserlaubnis auch für Geflüchtete, um ihren Platz in der Gesellschaft zu finden. Dennoch müssen auch Sprachkurse reformiert werden, um Verständnis und Zugänglichkeit für verschiedene Muttersprachen, Lebensrealitäten und Altersschichten zu schaffen. Es braucht verschiedene Sprachkursangebote für Menschen aus verschiedenen Herkunftskulturen, Altersgruppen und auch Mütter-Sprachkurse mit Kinderbetreuung. Zudem möchten wir integrative Wohngemeinschaften und kostenlose Sport- und Kulturveranstaltungen fördern.

Antwort der Freien Wähler Baden-Württemberg: Zuwanderung kann unser Land bereichern – wenn sie gesteuert, menschlich und wertebasiert erfolgt. Wer hier lebt, muss unsere Sprache sprechen, unsere Gesetze achten und unsere Grundwerte teilen. Wir FREIE WÄHLER sagen klar: Fremdsein darf kein Dauerzustand sein. Integration gelingt, wenn wir Erwartungen klar benennen und Zugewanderten echte Perspektiven bieten. Dazu gehören Sprache, Bildung, Arbeit – aber auch das Bekenntnis zu unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung. Wer bereit ist, sich einzubringen, verdient unsere Unterstützung. Wer unsere Regeln ablehnt, muss mit Konsequenzen rechnen. Unser Ziel ist eine Gesellschaft, die Vielfalt lebt – aber klare Spielregeln kennt. Kein Platz für Parallelgesellschaften, religiösen Fanatismus oder ausländischen Einfluss auf unsere Institutionen. Wir stehen für ein starkes, weltoffenes Land – mit offenen Armen, aber auch klarer Haltung.

Antwort von Volt Baden-Württemberg: Volt setzt auf Teilhabe ab der ersten Woche. Sofortige Arbeitserlaubnisse sowie das Prinzip „Anerkennung first – Nachqualifizierung im Dienst“ bei Abschlüssen nutzen Potenziale direkt. Ein „Chancenjahr“ ermöglicht Bleibeperspektiven durch Arbeit. Die Sprachförderung erfolgt kostenlos ab Woche 1, unterstützt durch digitale Plattformen und Integrationsfachkräfte an Schulen. In der Verwaltung schaffen „One-Stop-Shops“ (Willkommenszentren) zentrale Anlaufstellen, während Englisch als Amtssprache und interkulturelle Schulungen Hürden abbauen. Rechtlich unterstützt Volt die doppelte Staatsbürgerschaft. Kommunen werden durch einen Landesintegrationsfonds finanziell gestärkt, um Beratung und Wohnraum verlässlich zu finanzieren. Integration wird so zur gemeinsamen Aufgabe von Ankommenden und Aufnahmegesellschaft.

Antworten der politischen Parteien auf humanistische Wahlprüffragen der „Säkularen Humanisten“ in der „Giordano-Bruno-Stiftung“ Rhein-Neckar

Die „Säkularen Humanisten“ wollten wissen, was die Parteien zu humanistischen Fragen zu sagen haben. Sie fragten alle Parteien, die sich zur Wahl in BaWü stellen. In der Reihenfolge des Eingangs der Antworten erfolgten die News-Meldungen unter <https://gbs-rhein-neckar.org/>. Parteien, die fehlen, hatten nicht geantwortet.

FDP

1. Werden Sie sich für die durchgehende Einführung von Ethikunterricht an Stelle des Religionsunterrichts in den Schulen einsetzen?

Nein, wir Freie Demokraten wollen den Religionsunterricht an unseren Schulen erhalten und stärken. Wo es gewünscht ist, unterstützen wir dabei ausdrücklich konfessionsverbindende Modelle. Daher wollen wir Religionsunterricht nicht durch Ethikunterricht ersetzen, sondern Ethikunterricht flächendeckend ab Klasse 1 als (verpflichtende) Alternative zum konfessionellen Religionsunterricht einführen. Zudem setzen wir uns dafür ein, einen staatlich organisierten, auf dem Boden des Grundgesetzes stehenden und den Werten der Aufklärung verpflichteten islamischen Religionsunterricht voranzubringen. Dieses Vorgehen sehen wir als essenziell an, um religiöser Radikalisierung und der Bildung von Parallelgesellschaften vorzubeugen, weshalb wir auch die Rahmenbedingungen für die Ausbildung der dafür notwendigen Lehrkräfte schaffen werden.

2. Welche Strategien verfolgt Ihre Partei zum Thema Selbstbestimmung menschlichen Lebens?

Für uns Freie Demokraten steht die Selbstbestimmung der Frau über ihren Körper und ihr Leben im Zentrum der Debatte um den Schutz menschlichen Lebensbeginns. Die aktuellen Versorgungsengpässe, wie sie sich in Baden-Württemberg durch das Verbot von Abtreibungen in bestimmten Kliniken zeigen, sind nicht hinnehmbar, da sie das Recht auf eine sichere und flächendeckende medizinische Versorgung massiv einschränken.

3. Wie stehen Sie zur aktiven Sterbehilfe für voll entscheidungsfähige erwachsene Menschen?

Als Freie Demokraten halten wir die Selbstbestimmung jedes einzelnen und voll entscheidungsfähigen erwachsenen Menschen auch am Lebensende für ein unantastbares Grundrecht. Daher begrüßen wir das Urteil des Bundesverfassungsgerichts von 2020, das das Recht auf selbstbestimmtes Sterben und damit auch das Recht, hierbei Hilfe in Anspruch zu nehmen, klar festgestellt hat. Unsere Haltung zur sogenannten aktiven Sterbehilfe (Tötung auf Verlangen, bei der der Tod durch eine dritte Person, z. B. einen Arzt, herbeigeführt wird) ist klar: Sie ist in Deutschland nach Paragraph 216 Strafgesetzbuch verboten und wird auch von uns als Partei abgelehnt. Wir unterstützen die Möglichkeit einer assistierten Suizidhilfe (der Sterbewillige führt die Handlung selbst aus, die Mittel werden nur bereitgestellt). Hier verfolgen wir folgende Ziele. Rechtssicherheit schaffen: Wir wollen die Rahmenbedingungen für den assistierten Suizid gesetzlich regeln, um Betroffenen, Angehörigen und Ärzten Rechtssicherheit zu geben. Freiverantwortlichkeit prüfen: Im Zentrum steht die Freiverantwortlichkeit der Entscheidung. Es muss sichergestellt werden, dass der Wunsch, das Leben zu beenden, ernsthaft, freiwillig und dauerhaft ist und nicht in einer vorübergehenden Krise getroffen wird. Unsere Vorschläge sehen daher obligatorische, ergebnisoffene ärztliche Beratungsgespräche und eine mehrstufige Prüfung der Freiverantwortlichkeit vor. Kein Zwang zur Assistenz: Gleichzeitig betonen wir, dass niemand zur Assistenz bei einem Suizid verpflichtet werden darf. Suizidprävention und Palliativversorgung ausbauen: Dieses liberale Recht auf Selbstbestimmung geht immer Hand in Hand mit der Pflicht des Staates, jedem Menschen, der Suizidgedanken hat, die helfende Hand zu reichen. Wir fordern daher einen spürbaren Ausbau der Suizidprävention und der Hospiz- und Palliativversorgung. Wir setzen uns also dafür ein, dass ein volljähriger, voll entscheidungsfähiger Mensch unter den genannten Voraussetzungen das Recht hat, sein Leben selbstbestimmt zu beenden und dafür rechtssicher Hilfe in Anspruch nehmen kann, lehnen aber die aktive Tötung auf Verlangen ab. Eine Regulierung von Suizidassistenz muss also sehr sorgfältig ausgestaltet werden — mit Differenzierung nach Kontext, Freiverantwortlichkeit, Schutz vulnerabler Personen und mit gleichzeitiger Stärkung von Prävention und medizinisch-sozialer Versorgung.

4. Wie wollen Sie verhindern, dass sich in Deutschland ähnliche antiwissenschaftliche Tendenzen wie zurzeit in den USA verbreiten?

Wir Freie Demokraten setzen der Verbreitung antiwissenschaftlicher Tendenzen keine staatliche Bevormundung entgegen, sondern eine Stärkung von Bildung, kritischem Denken und individueller Urteilsfähigkeit. Unser Ansatz ist präventiv und freiheitlich: Menschen sollen befähigt werden, wissenschaftliche Erkenntnisse einzuordnen, Fakten von Meinungen zu unterscheiden und Desinformation selbstständig zu erkennen. Eine zentrale Rolle spielt dabei die schulische Bildung. Der souveräne Umgang mit digitalen Medien und Informationen muss als Schlüsselkompetenz vermittelt werden. Dabei geht es nicht um bloße Technikenkenntnisse, sondern um digitale Mündigkeit: Schülerinnen und Schüler sollen lernen, Quellen kritisch zu prüfen, wissenschaftliche Arbeitsweisen zu verstehen und Manipulationsmechanismen – etwa in sozialen Medien – zu erkennen. Medienbildung und politische Bildung sind dafür zentrale Bausteine, die wir stärken wollen, ohne Schulen durch zusätzliche Vorgaben zu überfrachten. Gleichzeitig setzen wir auf eine vielfältige, freie Medienlandschaft und unabhängigen Journalismus, der faktenbasiert informiert und unterschiedliche Perspektiven sichtbar macht. Wir lehnen staatliche Wahrheitsdefinitionen ab. Plattformen müssen jedoch ihrer Verantwortung gerecht werden, geltendes Recht durchzusetzen und Transparenz über Funktionsweisen von Algorithmen zu schaffen. Medienkompetenz endet für uns nicht mit der Schulzeit; deshalb befürworten wir entsprechende Bildungsangebote auch für Erwachsene, etwa im Rahmen der Weiterbildung. Besonders wichtig ist uns die Verteidigung der Wissenschaftsfreiheit. Wissenschaft muss frei von ideologischer

Vereinnahmung, politischem Druck oder moralischer Einschüchterung arbeiten können. Ein offener Diskurs, Widerspruch und kontroverse Debatten sind Grundvoraussetzungen wissenschaftlichen Fortschritts. Entwicklungen, die den freien Austausch von Argumenten einschränken oder missliebige Positionen ausgrenzen wollen, lehnen wir entschieden ab.

5. Treten Sie für die Ablösung der Staatsleistungen an die Kirchen ein – auch im Bund?

Wir Freie Demokraten respektieren die historisch gewachsenen Beziehungen zwischen Staat und Kirchen und erkennen die wichtige gesellschaftliche Rolle der Religionsgemeinschaften in Baden-Württemberg ausdrücklich an. Für uns stehen Religionsfreiheit, weltanschauliche Neutralität des Staates und ein partnerschaftliches Miteinander im Vordergrund. Der verfassungsrechtliche Auftrag zur Ablösung der Staatsleistungen ist auf Bundesebene verankert. Die Verantwortung für die rechtliche Ausgestaltung liegt daher in erster Linie beim Bund. Auf Landesebene in Baden-Württemberg sehen wir keinen Anlass für ein eigenständiges oder vorpreschendes Vorgehen. Uns ist wichtig, dass mögliche Veränderungen im Staatskirchenrecht nur auf Grundlage klarer bundesrechtlicher Vorgaben, in einem geordneten Verfahren und im Dialog mit den Kirchen erfolgen. Einseitige Schritte oder kurzfristige Lösungen halten wir dabei nicht für zielführend. Unser Ansatz ist es, das bewährte Verhältnis zwischen Staat und Religionsgemeinschaften verantwortungsvoll weiterzuentwickeln, Kontinuität und Verlässlichkeit zu wahren und gesellschaftlichen Zusammenhalt zu stärken.

Die Linke

1. Werden Sie sich für die durchgehende Einführung von Ethikunterricht an Stelle des Religionsunterrichts in den Schulen einsetzen?

Ja, Die Linke setzt sich für einen gemeinsamen Ethikunterricht für alle Schüler*innen ein. Im Landtagswahlprogramm für Baden-Württemberg fordern wir explizit, den Ethikunterricht flächendeckend umzusetzen. Dies korrespondiert mit unserer bundesweiten Programmatik: Wir wollen einen Ethikunterricht, in dem alle Schüler*innen – unabhängig von ihrem kulturellen, religiösen oder weltanschaulichen Hintergrund – gemeinsam über ethische Fragen diskutieren können. Ziel ist ein Bildungssystem, das weltanschaulich neutral ist und eine klare Trennung von Staat und Religion wahrt.

2. Welche Strategien verfolgt Ihre Partei zum Thema Selbstbestimmung menschlichen Lebens?

Die Linke verteidigt das Recht auf körperliche und reproduktive Selbstbestimmung uneingeschränkt. Wir betrachten Schwangerschaftsabbrüche als Teil der medizinischen Grundversorgung. Unsere konkreten Strategien und Forderungen lauten: • Versorgungssicherheit: Wir setzen uns dafür ein, dass der Zugang zu medikamentösen und operativen Schwangerschaftsabbrüchen wohnortnah gewährleistet ist. Öffentliche Krankenhäuser müssen in ihrer Planung sicherstellen, dass die Durchführung von Schwangerschaftsabbrüchen gesichert ist. • Medizinische Ausbildung: Die fachliche Ausbildung für Schwangerschaftsabbrüche muss fester Bestandteil des Medizinstudiums werden, damit ausreichend Ärzt*innen für diese Eingriffe zur Verfügung stehen. • Rechtliche Rahmenbedingungen: Wir fordern die ersatzlose Streichung des § 218 StGB aus dem Strafgesetzbuch, damit Schwangerschaftsabbrüche nicht mehr kriminalisiert, sondern als medizinische Dienstleistung geregelt werden. Zudem wollen wir die Beratungs- und Wartepflicht abschaffen und durch ein Recht auf freiwillige Beratung ersetzen. • Kostenübernahme: Die Kosten für Schwangerschaftsabbrüche und deren Nachsorge sollen vollständig von den Krankenkassen übernommen werden.

3. Wie stehen Sie zur aktiven Sterbehilfe für voll entscheidungsfähige erwachsene Menschen?

Unsere Position orientiert sich am Urteil des Bundesverfassungsgerichts von 2020, das das Recht auf selbstbestimmtes Sterben als Ausdruck der persönlichen Autonomie bestätigt hat. Dies schließt die Freiheit ein, hierfür Hilfe Dritter in Anspruch zu nehmen. Allerdings liegt unser politischer Schwerpunkt darauf, sicherzustellen, dass niemand aus Mangel an Alternativen oder Pflege den Tod wählt. Daher fordern wir: • Einen Rechtsanspruch auf allgemeine Palliativversorgung, unabhängig von Wohnform oder Erkrankung. • Sterbende in stationären Pflegeeinrichtungen sollen einen Anspruch auf Versorgung im stationären Hospiz erhalten. • Die Sterbebegleitung in Pflegeheimen muss durch verbindliche Leitlinien und wissenschaftliche Standards als Teil des Versorgungsauftrages qualifiziert werden. • Es bedarf staatlich anerkannter Beratungsstellen, wobei wir die Arbeit nichtstaatlicher Akteure in der Beratung schätzen und unterstützen.

4. Wie wollen Sie verhindern, dass sich in Deutschland ähnliche antiwissenschaftliche Tendenzen wie zurzeit in den USA verbreiten?

Wir sehen Wissenschaftskommunikation und wissenschaftsbasierte Politik als essenziell an, um Verschwörungsmythen und esoterischen Vorstellungen entgegenzuwirken. Unsere Maßnahmen zur Stärkung einer aufgeklärten Gesellschaft umfassen: • Medienbildung: Wir wollen Medienkompetenz und Medienbildung in allen Schularten und Bildungsformen erhalten und stärken. Dies soll bereits in der vorschulischen Bildung beginnen und bis ins hohe Alter gefördert werden, um Desinformation und Hass entgegenzuwirken. • Wissenschaftskommunikation: Wir wollen professionelle Strukturen schaffen, um komplizierte wissenschaftliche Themen verständlich zu vermitteln („Wissenschaftsjournalismus“). Zudem soll die Bürgerwissenschaft (Citizen Science) ausgebaut werden, um Vertrauen durch Partizipation zu schaffen. • Stärkung der Zivilgesellschaft: Wir wollen zivilgesellschaftliche Gruppen, die sich gegen menschenfeindliche Ideologien und für Demokratie engagieren, durch ein Demokratiefördergesetz dauerhaft absichern. • Öffentlich-Rechtlicher Rundfunk: Wir setzen uns für die Stärkung der öffentlich-rechtlichen Medien und ihrer demokratischen Strukturen ein, um einer Zersplitterung der Öffentlichkeit und Desinformation entgegenzuwirken.

5. Treten Sie für die Ablösung der Staatsleistungen an die Kirchen ein – auch im Bund?

Ja, wir treten entschieden für die Ablösung der Staatsleistungen an die Kirchen ein. Im Landtagswahlprogramm für Baden-Württemberg fordern wir die Ablösung gemäß dem seit 1919 bestehenden Verfassungsauftrag. Auch auf Bundesebene ist dies unsere klare Position: Wir treten für die Einlösung des Verfassungsauftrages zur Ablösung der Staatsleistungen ein. Zudem fordern wir, dass die Kirchen ihre Steuern bzw. Beiträge in Zukunft selbstständig einziehen, anstatt dies über den Staat abzuwickeln.

Volt

1. Einführung von Ethikunterricht anstelle des Religionsunterrichts?

Volt setzt sich für die bundesweite Abschaffung des konfessionsgebundenen Religionsunterrichts und die Einführung eines religionsübergreifenden Bildungsangebots wie Ethik oder Philosophie ein. Diese Forderung wird mit der notwendigen Trennung von Staat und Kirche sowie dem Ziel begründet, eine neutrale Lernumgebung für die Vielfalt aller Weltanschauungen zu schaffen.

2. Strategien zum Thema Selbstbestimmung, insbesondere Schwangerschaftsabbruch?

Die Strategie von Volt sieht vor, Schwangerschaftsabbrüche durch die Streichung des § 218 StGB vollständig zu entkriminalisieren und bis zur 18. Woche als reguläre medizinische Leistung zu etablieren. Zudem sollen praktische Barrieren abgebaut werden, indem der Zugang zu Abbrüchen ohne verpflichtende Beratung oder willkürliche Bedenkzeiten rechtlich und finanziell abgesichert wird.

3. Aktive Sterbehilfe für entscheidungsfähige Erwachsene?

Volt spricht sich grundsätzlich gegen die Legalisierung der aktiven Sterbehilfe aus, unterstützt jedoch den ärztlich assistierten Suizid für entscheidungsfähige Erwachsene in schweren Leidenssituationen. Eine Ausnahme für aktive Sterbehilfe wird nur dann befürwortet, wenn eine Person physisch nicht in der Lage ist, die tödliche Dosis selbst einzunehmen.

4. Prävention gegen antiwissenschaftliche Tendenzen?

Zur Bekämpfung antiwissenschaftlicher Tendenzen setzt Volt auf die Stärkung der Medienkompetenz und des kritischen Denkens in Schulen sowie auf spezialisierte Taskforces gegen Desinformation. Darüber hinaus soll die Akzeptanz von Forschung durch Transparenz bei wissenschaftlichen Ergebnissen und die Förderung der internationalen Wissenschaftsfreiheit aktiv gesteigert werden.

5. Ablösung der Staatsleistungen an die Kirchen?

Volt tritt für die vollständige Abschaffung der Staatsleistungen an die Kirchen ein, um den säkularen Staat zu festigen. Hierzu soll das verfassungsrechtliche Ablösegebot konsequent umgesetzt werden, während gleichzeitig sichergestellt wird, dass kirchliche Einrichtungen allgemeinem Staats- und Arbeitsrecht unterliegen. Dies gilt konsistent vom Land bis in unsere europäische Ebene.

SPD

1. Werden Sie sich für die durchgehende Einführung von Ethikunterricht an Stelle des Religionsunterrichts in den Schulen einsetzen?

Wir von der SPD befürworten den Religionsunterricht und möchten allen Kindern und Jugendlichen die Möglichkeit geben, ihrem Glauben entsprechend am Religionsunterricht teilzunehmen. Daher werden wir uns nicht für die Einführung von Ethikunterricht anstelle des Religionsunterrichts einsetzen. Aber wir möchten den Ethikunterricht an Schulen ausbauen. Deshalb fordern wir, dass Ethikunterricht ab der ersten Klasse eingeführt wird. Es ist kein Zustand, dass täglich Kinder in unseren Grundschulen während der Unterrichtszeit auf Fluren sitzen, weil für sie kein Ethikunterricht angeboten wird. Das ist weder zeitgemäß noch wird es dem Anspruch an gleiche Bildungschancen gerecht. Auch Kinder, die keinen Religionsunterricht besuchen, haben ein Anrecht auf einen hochwertigen Unterricht zu den großen Fragen nach Frieden, Gerechtigkeit und Zusammenleben.

2. Welche Strategien verfolgt Ihre Partei zum Thema Selbstbestimmung menschlichen Lebens?

Auch aus Sicht der SPD hat jede und jeder Einzelne das Recht, eigenständig über die eigene Lebensführung zu entscheiden; dies findet seine Grenze dort, wo die Rechte anderer verletzt werden. Was den nicht medizinisch bzw. nicht kriminologisch indizierten Schwangerschaftsabbruch betrifft: Wir halten die 12-Wochen-Grenze für angemessen. Allerdings wollen wir Schwangerschaftsabbrüche vor dem Ende der zwölften Schwangerschaftswoche entkriminalisieren und außerhalb des Strafrechts regeln – außer, wenn sie gegen oder ohne den Willen der Schwangeren erfolgen. Wir gewährleisten, dass in jedem Teil Baden-Württembergs in zumutbarer Entfernung ein Schwangerschaftsabbruch möglich ist. Eine angemessene flächendeckende Versorgung machen wir zum Gegenstand einer verbindlichen Landeskrankenhausplanung. Wenn sich in der Klinik keine Beschäftigten dazu bereit erklären, können auch externe Ärztinnen und Ärzte dafür beauftragt werden. Denn niemand kann gegen seinen Willen dazu verpflichtet werden, Schwangerschaftsabbrüche durchzuführen.

3. Wie stehen Sie zur aktiven Sterbehilfe für voll entscheidungsfähige erwachsene Menschen?

Sowohl in der SPD im Bund als auch in der SPD in Baden-Württemberg gibt es keine einheitliche Meinung zur Sterbehilfe. Dennoch wissen wir, dass im Bund sehr dringend eine neue Regelung erforderlich ist – auch in Folge der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zur Suizidhilfe und der darin enthaltenen Vorgaben. Das neue Gesetz muss nicht nur grundsätzliche Regelungen enthalten. Vielmehr muss auch beschrieben werden, unter welchen genauen Voraussetzungen Sterbehilfe zulässig ist, in zwei welchen Details sich die aktive Sterbehilfe von der passiven unterscheidet und wann überhaupt der Weg in den Tod vollständig selbstbestimmt ist. Mindestens bei einem

Grundsatz sind wir uns aber einig: Mit der Sterbehilfe darf kein Geld verdient werden. Unsere Abgeordneten im Bund stehen in intensiven Gesprächen und loten aus, welche Mehrheiten möglich wären.

4. Wie wollen Sie verhindern, dass sich in Deutschland ähnliche antiwissenschaftliche Tendenzen wie zurzeit in den USA verbreiten?

Es ist eine Aufgabe der Politik, sich in den Entscheidungsprozessen, die auf klaren wissenschaftlichen Grundlagen basieren, auch von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern beraten zu lassen und unter diesen die eindeutige Mehrheitsmeinung bevorzugt zu beachten. Das tun wir von der SPD zum Beispiel bei Fragen der Gesundheits- oder der Klimapolitik. Nicht alle Parteien stehen jedoch zu diesen Grundsätzen. Wir haben dazu insbesondere zwei Ansatzpunkte: Zum einen wollen wir die Demokratiebildung an allen Schulen und Bildungseinrichtungen in Baden-Württemberg systematisch ausbauen. Politische Bildung muss stärker in den Bildungsplänen verankert werden, mit konkretem Raum für Beteiligung im Schulalltag. Dabei setzen wir uns für eine weitere Stärkung des Faches Gemeinschaftskunde ein. Zum anderen wollen wir ein neues Landesprogramm „Wehrhafte Demokratie“ auflegen, das Projekte zivilgesellschaftlicher Akteur:innen im Bereich Demokratieförderung und Extremismusprävention nachhaltig finanziell absichert. Dabei wollen wir auch die Präventionsarbeit und die politische Bildung in der außerschulischen Kinder- und Jugendarbeit sowie im Vorschulbereich weiter stärken. Kinder und Jugendliche wollen wir vor Desinformation, Fake News und Hassbotschaften extremistischer Akteure in sozialen Medien durch bessere Medienkompetenz schützen.

5. Treten Sie für die Ablösung der Staatsleistungen an die Kirchen ein – auch im Bund?

Aktuell ist die Ablösung der Staatsleistungen an die Kirchen kein Thema. Die Bundesregierung aus SPD, Grünen und FDP ist mit einem solchen Vorstoß in der vergangenen Legislaturperiode gescheitert. Dadurch wurde einmal mehr deutlich, dass Veränderungen der bisherigen Struktur nur gemeinsam zwischen Bund, Ländern und Kirchen vereinbart werden können. Es wird deshalb länger dauern, bis ein neuer Vorschlag in die Diskussion gebracht werden kann.

BSW

1. Werden Sie sich für die durchgehende Einführung von Ethikunterricht an Stelle des Religionsunterrichts in den Schulen einsetzen?

Das BSW betrachtet Ethik- wie Religionsunterricht als wichtige Grundlage zur Wertevermittlung und zum Verständnis kultureller Zusammenhänge. Kultur ist die geistige Grundlage für ein gelingendes, selbstbestimmtes Leben, für Freiheit und eine funktionsfähige Demokratie. Für uns ist aber elementar: Niemand darf zu religiösen Bekenntnissen gedrängt oder verpflichtet werden. Daher fordern wir als grundlegenden Reformschritt ein Ethikunterricht mit echter Wahlmöglichkeit. Unsere Politik beruht auf zwei Pfeilern: der weltanschaulichen Neutralität des Staates und dem Respekt vor der pluralistischen Struktur unserer Gesellschaft. Wir sind überzeugt, dass gesellschaftlicher Zusammenhalt die Fähigkeit erfordert, Widerspruch und andere Meinungen auszuhalten. Deshalb lehnen wir entschieden ideologische, religiös motivierte oder autoritäre Versuche ab, Andersdenkende auszugrenzen, ihre Haltungen zu überprüfen und Bekenntnisse einzufordern. Dies zerstört nicht nur den offenen Diskurs, den freie Gesellschaften benötigen – es gefährdet auch die Freiheit des Individuums. Dieses Prinzip gilt für unsere gesamte Politik, besonders aber für die Bildungspolitik und unseren Umgang mit Religion. Wir unterstützen daher ein pluralistisches Schulsystem, in dem auch bekenntnisfreie Schulen mit wertebasiertem Unterricht als echte und allgemein zugängliche Option zur Verfügung stehen. Dies entspricht nicht nur der Initiative der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, sondern ebenso unserem Ziel, durch gemeinsame Werte, Ziele und Erfahrungen gesellschaftliche Fragmentierungen zu überwinden. Konkrete Reformschritte Wir setzen uns für folgende Maßnahmen ein: 1. Echte Wahlfreiheit sichern: Alle Schüler sollen frei zwischen bekenntnisgebundenem Religionsunterricht und weltanschaulich neutralem Ethikunterricht wählen können – als Ausdruck der Gewissensfreiheit. 2. Ethikunterricht gleichstellen: Bessere finanzielle Ausstattung des Ethikunterrichts, um seinen gleichberechtigten Status gegenüber dem Religionsunterricht zu sichern. 3. Einrichtung bekenntnisfreier bzw. weltlicher Schulen entsprechend der Option aus Art. 7 III GG – als beste Entsprechung der weltanschaulichen Neutralität des Staates. 4. Vergleichende Religionswissenschaft verankern: Verpflichtende Lehrinhalte zur „Vergleichenden Religionswissenschaft und Ethik“, die sachlich-wissenschaftlich, aufgeklärt und respektvoll verschiedene Weltanschauungen darstellen – ohne zu bewerten oder zu missionieren.

2. Welche Strategien verfolgt Ihre Partei zum Thema Selbstbestimmung menschlichen Lebens?

Die freie, selbstbestimmte Entscheidung über den eigenen Körper und darüber, Mutter zu werden oder nicht, muss garantiert sein. Reproduktive Selbstbestimmung ist ein fundamentales Menschenrecht. Sie ist daher primär Gesundheitsdienstleistung – und nicht Gegenstand der Strafverfolgung. Mit dieser Position stellen wir nicht das Leben infrage. Wir erkennen vielmehr an: Frauen sind die Expertinnen ihrer eigenen Körper und Lebensentwürfe. Deshalb fordern wir die sofortige Abschaffung des § 218 Strafgesetzbuch. Schwangerschaftsabbrüche bis zur zwölften Woche müssen bundesweit straffrei und kostenlos zugänglich sein – unabhängig von Einkommen oder Wohnort. Wir wollen sicherstellen, dass Frauen jederzeit und überall eine freie, abwägende und autonome Entscheidung treffen können. Hierfür ist Voraussetzung, die gegenwärtige Versorgungslage beim Schwangerschaftsabbruch gerade in der Fläche wirksam zu verbessern und wohnortnahe Angebote zu gewährleisten. Konkrete Reformschritte Wir sehen unmittelbaren Handlungsbedarf in drei Bereichen: 1. Rechtsrahmen auf Bundesebene: Der Bund muss einen modernen, verbindlichen Rechtsrahmen schaffen, der Zugang zu Schwangerschaftsabbrüchen garantiert und sicherstellt – nicht nur erlaubt. 2. Öffentliche Krankenhäuser als Versorgungsanker: Öffentliche Kliniken müssen finanziell und organisatorisch unterstützt werden, um: • neutrale und umfassende Beratung anzubieten.

• barrierefreien Zugang zu sicheren Abbrüchen zu gewährleisten. • verlässliche Versorgung vor Ort zu ermöglichen.
3. Schutz für Leistungserbringer: Anbieter von Abbrüchen müssen vor Einschüchterung, Druck und physischen Übergriffen geschützt werden – durch rechtliche Sicherheit, praktische Unterstützung und politischen Rückhalt

3. Wie stehen Sie zur aktiven Sterbehilfe für voll entscheidungsfähige erwachsene Menschen?

Das BSW lehnt ideologische Beschränkungen der Lebensentwürfe ab – denn diese sind oft Angriffe auf fundamentale Grundrechte. Daher fordern wir auch die reproduktive Selbstbestimmung ein (siehe Frage 2). Dasselbe Prinzip wenden wir auch auf das Lebensende an: Menschen, die voll entscheidungsfähig sind und ohne Leiden sterben möchten, haben das Recht dazu. Wir stehen in dieser Frage für einen menschlichen Ansatz. Das BSW befürwortet uneingeschränkt die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes von 2020 (2 BvR 2347/15). Das Gericht entschied: Das Allgemeine Persönlichkeitsrecht umfasst auch das Recht auf selbstbestimmtes Sterben – einschließlich der Freiheit, Sterbehilfe in Anspruch zu nehmen. Diesem Urteil liegt eine klare Prämisse zugrunde: Die Verfassungsordnung des Grundgesetzes beruht auf einem Menschenbild der Würde, der freien Persönlichkeitsentfaltung sowie der Selbstbestimmung und Eigenverantwortung. Wir treten dafür ein, dass dieses Menschenbild präzise im nachfolgenden Recht verankert ist – und dass es im Alltag umgesetzt wird: durch eine verantwortliche, rechtssichere und würdevolle Suizidbegleitung für alle Menschen. Schutzvoraussetzungen: Selbstbestimmung durch Sicherheit Das Recht auf selbstbestimmtes Sterben erfordert Schutzmaßnahmen, die gleichzeitig die persönliche Autonomie wahren. Wir sehen folgenden rechtlichen und praktischen Rahmen als notwendig und ausreichend: 1. Psychologische Evaluation: Unterscheidung des autonomen Sterbewunsches von einer psychischen Krise. 2. Zweite ärztliche Meinung: Sicherstellung, dass die medizinische Entscheidung auf solider objektiver Grundlage beruht. 3. Bedenkfrist: Ausreichend Zeit zur Reflexion. 4. Schutz vor Kommerzialisierung: Kein Profitinteresse bei der Sterbehilfe – um Missbrauch und Druck auszuschließen.

4. Wie wollen Sie verhindern, dass sich in Deutschland ähnliche antiwissenschaftliche Tendenzen wie zurzeit in den USA verbreiten?

Wissenschaft als Fundament der Gesellschaft Das BSW lehnt das politische Phänomen der Antiwissenschaftlichkeit kategorisch ab. Wir fordern mindestens 4 % des BIP für Forschung und Entwicklung bis 2030 – eine Investition in unsere Zukunftsfähigkeit. Kreationismus, Verschwörungsmythen und Pseudowissenschaft sind keine „alternativen Sichtweisen“. Sie sind Hindernisse für mündige Bürger, wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit, sachliche Debatte und nachhaltige Lösungen. Entscheidend ist dabei: Wir unterscheiden klar zwischen zwei Phänomenen, die oft vermischt werden: Legitimen, kritischen Positionen Andersdenkender, die ihre Meinung begründet vertreten – und bewussten Falschdarstellungen durch vorsätzliche Verzerrung oder Bagatellisierung realer Probleme. Diese unterscheiden sich fundamental in Legitimität, Charakter und Zweck. Rationale Entscheidungsfindung: Bildung als Schlüssel Eine zukunftsfähige Leistungsgesellschaft braucht rationale Entscheidungsfindung mehr denn je. Der Schlüssel hierfür liegt in zwei Säulen: • Aufklärung: Vermittlung des Wertes von Wissen und Wahrheit – sowie der Gefahr von Gewissheiten • Bildung: Exzellente, umfassende und lebenslange Bildung für alle Wenn wir es schaffen, insbesondere die Jugend zu einer informierten, reflektierten, kritischen und selbstbewussten Generation auszubilden, wird unsere Gesellschaft nicht nur den Herausforderungen widerstehen – sie wird gestärkt aus ihnen hervorgehen. Konkrete Maßnahmen zur Prävention 1. Wissenschaftskommunikation stärken: Komplexe Fakten verständlich und zugänglich machen – ohne dabei zu vereinfachen 2. Medienkompetenz in Schulen ausbauen. 3. Transparenz bei Social-Media-Algorithmen. 4. Unabhängige Forschung schützen: Die Freiheit von Forschung und Lehre muss garantiert bleiben.

5. Treten Sie für die Ablösung der Staatsleistungen an die Kirchen ein – auch im Bund?

Der Verfassungsauftrag zur Ablösung der Staatsleistungen an die Kirchen besteht als geltendes Verfassungsrecht seit über 100 Jahren – und ist bis heute nicht erfüllt. Hinzu kommt: Die jährlichen Zahlungen sind ungerecht verteilt und weiter angewachsen. Das ist ein Anachronismus, den wir überwinden müssen. Aus Sicht des BSW muss der verfassungsrechtliche Konflikt im Interesse der öffentlichen Haushalte, Investitionsfähigkeit und Daseinsvorsorge absehbar gelöst werden. Ein weltanschaulich neutraler Staat darf nicht strukturell religiöse Institutionen selektiv finanzieren. Dennoch: Jede politische Entscheidung muss die tatsächlichen Auswirkungen bedenken. Die Kirchen sind Träger unzähliger Einrichtungen der sozialen Infrastruktur und wichtiger Wohlfahrtsverbände, Arbeitgeber für Hunderttausende Menschen, Organisatoren von Ehrenamt und vielfältigen Gemeindeprogrammen sowie Ankerpunkte für Zusammenhalt. Gerade in einer Zeit zunehmender Spaltung, Unsicherheit, Kriegsgefahr und Sozialabbau sind ihre sozialen Leistungen – nah bei den Menschen – für Gemeinwohl und Zusammenhalt unverzichtbar. Eine schlichte Beendigung der Staatsleistungen hätte neben verfassungsrechtlichen Fragestellungen direkte negative Folgen und Kaskadeneffekte, die wir nicht verantworten können: • Jugendarbeit und Seniorenprogramme würden reduziert. • Obdachlosenhilfe und Integrationsarbeit verlören Ressourcen. • Die Qualität von Kindergärten und Schulen würden durch geringere Unterstützung sinken. • Ehrenamtsstrukturen würden geschwächt. Diese Verluste kann sich unsere Gesellschaft nicht leisten. Deshalb brauchen wir eine Lösung, die soziale Realität und verfassungsrechtliche Verpflichtung in Einklang bringt. Das BSW schlägt einen pragmatischen Kompromiss vor: Die Staatsleistungen werden für einen klar begrenzten Übergangszeitraum von 30 bis 40 Jahren in einen Ablösefonds überführt. Dieser Fonds stellt die sozialen Leistungen sicher, gibt Akteuren Planungssicherheit, kompensiert die Kirchen abschließend und beendet die Blockade.

Die Grünen

1. Werden Sie sich für die durchgehende Einführung von Ethikunterricht an Stelle des Religionsunterrichts in den Schulen einsetzen?

Wir Grüne wissen um die große Bedeutung, die Ethikunterricht für die Wertevermittlung und den gesellschaftlichen Zusammenhalt leisten kann. Wir bekennen uns, als Ausdruck individueller Selbstbestimmung, neben der Anerkennung und dem Schutz kultureller und religiöser Vielfalt, genauso klar zu der Freiheit, keiner Religion anzugehören. Deshalb wollen wir das Fach Ethik ergänzend zum in der Landesverfassung verankerten konfessionellen Unterricht stufenweise für alle Jahrgangsstufen einführen, um allen Kindern und Jugendlichen ein Angebot zu den großen Fragen Frieden, Gerechtigkeit und Zusammenleben anzubieten, auch jenen, die nicht den Religionsunterricht besuchen. In diesem Zusammenhang unterstützen wir Modelle für eine intensivere Kooperation des Fachs Ethik mit dem konfessionellen Unterricht.

2. Welche Strategien verfolgt Ihre Partei zum Thema Selbstbestimmung menschlichen Lebens?

Für uns Grüne gehört zu einer verlässlichen Gesundheitsversorgung, dass jede Frau Zugang zu einem sicheren und wohnortnahen Schwangerschaftsabbruch hat. Selbstbestimmte Entscheidungen brauchen gute Beratung, medizinische Qualität und erreichbare Angebote. Gleichzeitig nehmen wir den Schutz des ungeborenen Lebens ernst: Beides gehört für uns zusammen. Deshalb wollen wir, dass jede Frau in dieser Situation nicht allein gelassen wird: Sie soll schnell einen sicheren, wohnortnahen medizinischen Termin für einen Abbruch finden können, eine unabhängige Beratung erhalten, die informiert statt bevormundet, und auf Wunsch psychosoziale Unterstützung bekommen. In diesem Zusammenhang setzen wir uns konsequent gegen Gehsteigbelästigungen ein. Gleichzeitig stärken wir Prävention und Aufklärung, damit ungewollte Schwangerschaften möglichst gar nicht erst entstehen. So schaffen wir einen verantwortungsvollen Rahmen, der echte Selbstbestimmung ermöglicht und Frauen in jeder Phase zuverlässig begleitet. Auf Bundesebene treten wir dafür ein, Schwangerschaftsabbrüche aus dem Strafgesetzbuch (§218) herauszunehmen und außerhalb des Strafrechts klar und rechtssicher zu regeln. Damit setzen wir auf eine Strategie, die Selbstbestimmung stärkt, Schutzkonzepte ernst nimmt und die Versorgungsrealität im Land konkret verbessert – auch dort, wo das Land aufgrund der Trägerstrukturen nicht direkt steuern kann.

3. Wie stehen Sie zur aktiven Sterbehilfe für voll entscheidungsfähige erwachsene Menschen?

Das Thema Sterbehilfe steht im Spannungsverhältnis zwischen dem Selbstbestimmungsrecht einerseits und dem Auftrag des Staates, Leben zu schützen, andererseits, wobei das Bundesverfassungsgericht dem Recht auf selbstbestimmtes Sterben als Ausdruck des allgemeinen Persönlichkeitsrechts grundsätzlich einen hohen Stellenwert eingeräumt hat. Dieser Einschätzung schließen wir uns grundsätzlich an, setzen aber gleichzeitig auf den Ausbau von Hospiz- und Palliativangeboten. Ebenso setzen wir auf Suizidprävention und den Ausbau psychosozialer Unterstützung, damit niemand sich aus sozialem Druck oder fehlender Versorgung zum Suizid gedrängt fühlt.

4. Wie wollen Sie verhindern, dass sich in Deutschland ähnliche antiwissenschaftliche Tendenzen wie zurzeit in den USA verbreiten?

Um antiwissenschaftlichen Tendenzen vorzubeugen, stärken wir konsequent die strukturellen Grundlagen wissenschaftlicher Freiheit. Dazu gehören eine langfristig steigende Grundfinanzierung, verlässliche Dauerstellen und der Schutz der Hochschulautonomie durch klare gesetzliche Rahmenbedingungen. Dieser Erfolg in der verlässlichen Finanzierung zeigt sich, nachdem wir im April bereits die dritte Hochschulfinanzierungsvereinbarung gemeinsam mit den staatlichen Hochschulen unterzeichnet haben. Besonders erwähnt sei an dieser Stelle das Institut für Rechtsextremismusforschung (IRex) welches 2023 an der Universität Tübingen als eine der empfohlenen Maßnahmen des zweiten NSU-Untersuchungsausschusses eingesetzt wurde. Die Forschungsergebnisse sollen dazu beitragen, Demokratie in Staat und Zivilgesellschaft zu stärken. Ein offenes und zugängliches Wissenschaftssystem – von der Abschaffung der allgemeinen Studiengebühren Ende 2011 über die Einführung der Verfassten Studierendenschaft 2012 bis zu innovativen Ausbildungswegen und guten Bedingungen für Ausgründungen – schafft Vertrauen und verhindert, dass Bildung exklusiv und abhängig vom Geldbeutel ist oder politisch manipulierbar wird. Dazu gehört für uns auch die Abschaffung der Studiengebühren für ausländische Studierende, denn wissenschaftlicher Austausch lebt von Internationalität und Chancengleichheit und darf nicht durch finanzielle Hürden eingeschränkt werden. Gleichzeitig erhöhen wir die Resilienz des Wissenschaftssystems gegenüber Polarisierung und politischem Druck, indem wir internationale Entwicklungen genau beobachten und entschieden gegen Sprach- und Denkverbote oder politisch motivierte Eingriffe in Forschung und Lehre eintreten. Professionelle Wissenschaftskommunikation sowie der Schutz von Forschenden vor Anfeindungen sind zentrale Bausteine, damit wissenschaftliche Erkenntnisse frei, verständlich und faktenbasiert vermittelt werden können.

5. Treten Sie für die Ablösung der Staatsleistungen an die Kirchen ein – auch im Bund?

Wir haben uns bereits in der Vergangenheit sowohl auf bundes- als auch auf landespolitischer Ebene immer wieder für eine Ablösung der Staatsleistungen eingesetzt und werden das auch weiterhin tun. Die Staatsleistungen an die Kirchen sind historisch bedingt, aber immer schwerer zu rechtfertigen. Das liegt einerseits an der zunehmenden Säkularisierung, andererseits aber auch daran, dass die Staatsleistungen eine Verzerrung des religiösen Wettbewerbs darstellen, die einem weltanschaulich neutralen Staat nicht gut zu Gesicht steht. Problematisch ist jedoch nach wie vor die verfassungsrechtlich vorgegebene Entschädigungsleistung, die für die Ablösung erforderlich ist. Hier ist der Bund gefragt, wir drängen deshalb weiterhin darauf, dass der Bund entsprechende Eckpunkte vorlegt, die eine Ablösung ermöglichen.